

Protokoll der 12. Sitzung

vom 1. November 2010, 8.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Patrick Strasser

Protokoll Erna Frattini und Janine Rutz

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)
Florian Keller, Franz Marty, Regula Widmer.

Traktandum:

Seite

1. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 25. Mai 2010
betreffend Änderung des Gesetzes gegen Atommüll-
Lagerstätten

565

Würdigung

Am 20. Oktober 2010 ist

alt Kantonsrat Hans Neukomm-Bernath

in seinem 82. Altersjahr verstorben.

Hans Neukomm wurde am 1. Januar 1973 als Vertreter der SVP in den Grossen Rat gewählt, dem er bis zum 31. Dezember 1984 angehörte.

Hans Neukomm wirkte im Laufe seiner Ratstätigkeit in 18 Spezialkommissionen mit, in einer Kommission führte er den Vorsitz. Von 1981 bis 1984 gehörte er der Justizkommission an. Zudem war er von 1984 bis 1992 Mitglied des Preiskuratoriums «Schaffhauser Preis für Entwicklungszusammenarbeit».

Hans Neukomm – auch «Bauer John» genannt – hat seinen Bauernstand nie verleugnet. Er war in früheren Jahren ein Bauer nach «altem Schrot und Korn». Er war auch in verschiedenen landwirtschaftlichen Ämtern und Kommissionen tätig, so zum Beispiel während vieler Jahre als Bauernsekretär und Redaktor des «Schaffhauser Bauern». Daneben stellte er sich in den Dienst verschiedenster Organisationen. In Gedichten gab er seinen tiefgründigen Gedanken Gestalt.

Ich danke dem Verstorbenen für seinen Einsatz zum Wohle unseres Kantons. Seinen Angehörigen entbiete ich im Namen des Kantonsrates unser herzliches Beileid.

*

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 20. September 2010:

1. Bericht der Spezialkommission 2010/5 «Änderung des Gesetzes gegen Atommüll-Lagerstätten» vom 13. September 2010.
2. Antwort der Regierung vom 14. September 2010 auf die Kleine Anfrage Nr. 2010/5 von Sabine Spross vom 24. Januar 2010 betreffend Auswirkungen der besseren Erschliessung durch den öffentlichen und den privaten Verkehr auf die Raumplanung.
3. Vorlage des Regierungsrates vom 7. September 2010: Staatsvoranschlag 2011.
4. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 28. September 2010 betreffend Sport- und Veranstaltungshallen in der Stadt Schaffhausen.

Das Geschäft wird zur Vorberatung an eine 7er-Kommission (2010/7) überwiesen. Diese setzt sich wie folgt zusammen: Bernhard Egli (Erstgewählter), Daniel Fischer, Peter Gloor, Thomas Hauser, Beat Hedinger, Daniel Preisig, Gottfried Werner.

5. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 19. Oktober 2010 zur Teilrevision des Dekrets über die Schaffhauser Sonderschulen vom 19. Januar 2004.

Das Geschäft wird zur Vorberatung an eine 7er-Kommission (2010/8) überwiesen. Diese setzt sich wie folgt zusammen: Peter Scheck (Erstgewählter), Werner Bächtold, Elisabeth Bühner, Franz Marty, Rainer Schmidig, Jürg Tanner, Alfred Tappolet.

6. Stellungnahme des Regierungsrates vom 19. Oktober 2010 zum Änderungsantrag der Spezialkommission 2010/4 «Atommüll-Lagerstätten» vom 13. September 2010.
7. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 26. Oktober 2010 betreffend Änderung des Dekrets über die Besoldung der Richterinnen und Richter. – Das Geschäft geht zur Vorberatung an die Justizkommission.
8. Antwort der Regierung vom 26. Oktober 2010 auf die Kleine Anfrage Nr. 2010/12 von Heinz Rether vom 12. März 2010 betreffend Stand der Photovoltaik im Kanton Schaffhausen.
9. Antwort der Regierung vom 26. Oktober 2010 auf die Kleine Anfrage Nr. 2010/13 von Martina Munz vom 9. April 2010 betreffend faire Bedingungen beim Ankauf erneuerbarer Energie durch die EKS AG.
10. Interpellation Nr. 2010/3 von Christian Heydecker sowie 12 Mitunterzeichnenden vom 25. Oktober 2010 mit dem Titel: «Mehr Privat, weniger Staat» – Wie weiter in der Spitalversorgung im Kanton Schaffhausen? Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Vor wenigen Wochen hatte der Kantonsrat bei der Beratung der Revision des Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes eine bewusste Benachteiligung von privaten Anbietern abgelehnt und für gleiche lange Spiesse für private und öffentliche Spitex-Organisationen gesorgt. Damit hatte sich der Kantonsrat – notabene gegen den erklärten Willen des Regierungsrates – unmissverständlich für «mehr Privat» im Spitex-Bereich ausgesprochen.

Im Bereich der Spitalorganisation stehen wir in Kürze vor ähnlich gelagerten Fragen. Es geht einerseits um die neue Spitalplanung, also die Festlegung der Spitalisten und damit insbesondere um die Frage, wie der Regierungsrat die Rolle der Privatklinik Belair in der

kantonalen Spitallandschaft sieht. Andererseits geht es um die (vermehrte) Zusammenarbeit zwischen dem Kantonsspital und der Privatklinik Belair im Rahmen der Gesundheitsversorgung, aber auch im Rahmen des Baus und Betriebs der Spitalinfrastrukturen.

In diesem Zusammenhang stellen sich verschiedene Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat die freie Spitalwahl der Patienten im Bereich der Grundversicherung, die ab 2012 greifen wird, als Chance oder als Gefahr für den Spitalstandort Schaffhausen?
 2. Verfügt der Regierungsrat über eine längerfristige Gesamtstrategie bezüglich Spitalversorgung in der Region Schaffhausen? Wenn ja, wie sieht diese aus?
 3. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass im Rahmen des kommenden, zunehmenden Wettbewerbs unter den Spitälern eine verstärkte, partnerschaftliche Kooperation des Kantonsspitals mit der Klinik Belair notwendig und von Vorteil ist, im Interesse der Schaffhauser Patienten?
 4. Ist der Regierungsrat daran interessiert, im Rahmen einer Gesamtstrategie – aufbauend auf den Stärken der beiden bestehenden Spitäler – den Anteil an ausserkantonalen Patienten auszubauen und damit den Spitalstandort Schaffhausen zu stärken? Wenn ja, mit welchen Mitteln gedenkt er, dieses Ziel anzustreben?
 5. Ist der Regierungsrat offen, im Sinne eines PPP-Projektes, eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Klinik Belair beziehungsweise der Hirslanden-Gruppe bezüglich Bau und Betrieb der Spitalinfrastruktur zu prüfen?
 6. Wie und in welchem Verfahren werden die mit der neuen Spitalfinanzierung ab 2012 massgeblichen Parameter Wirtschaftlichkeit und Qualität der erbrachten Leistungen vom Regierungsrat bei der Spitalplanung beziehungsweise der Erstellung der Spitalliste berücksichtigt?
 7. Ist der Regierungsrat bereit, bei der bevorstehenden Spitalplanung für gleich lange Spiesse der privaten und öffentlichen Anbieter zu sorgen?
11. Kleine Anfrage Nr. 2010/21 von Martina Munz vom 1. November 2010 mit dem Titel: Faire Produkte – was unternimmt der Kanton?

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Das Preiskuratorium «Schaffhauser Preis für Entwicklungszusammenarbeit» hat die Preisträgerin für das Jahr 2010 erkoren. Die Übergabe des Preises findet am 6. Dezember 2010 im Anschluss an die Ratssitzung statt.

Die heutige Ratssitzung dauert lediglich bis zur Pause. Im Anschluss daran erfolgt für die Ratsmitglieder eine Informationsveranstaltung zu den WoV-Budgets.

Ich kann Ihnen bereits jetzt ankündigen, dass die auf den 8. November 2010 angesetzte Ratssitzung ausfällt.

*

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 11. Sitzung vom 20. September 2010 wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

*

1. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 25. Mai 2010 betreffend Änderung des Gesetzes gegen Atommüll-Lagerstätten

Grundlagen: Amtsdruckschrift 10-42
 Kommissionsvorlage: Amtsdruckschrift 10-69
 Stellungnahme der Regierung vom 19. Oktober 2010

Eintretensdebatte

Kommissionspräsident Dino Tamagni (SVP): Die Kommission hat den Bericht und Antrag des Regierungsrates in einer Stunde diskutiert. Die Kürze der Besprechung widerspiegelt sich auch in der Kürze des Berichtes, den Sie von der Kommission erhalten haben. Die Gründe dafür sind wohl in den vielen vorangegangenen Debatten zu suchen. Einerseits wurde schon bei der Einführung des Gesetzes 1984 die Diskussion im Rat geführt und dann zum zweiten Mal im Volk bei der darauf folgenden Abstimmung. Ferner fanden weitere Auseinandersetzungen zu diesem Thema im Rat statt, und zwar bei der Überweisung des Postulates von Hans-Jürg Fehr im Jahr 2003 und bei der Überweisung der Motion im Jahr 2008. Die Kommission war sich einig, dass, wie auch immer ihr Beschluss ausfiele, eine grosse Diskussion im Rat folgen würde.

Der Bericht zur Vorlage des Regierungsrates ist ausführlich und sehr gut verständlich und gab keinen Anlass zu Änderungen. Schliesslich ging es nur um eine Ergänzung des Gesetzes, welche Folgendes zulässt: Im Falle wissenschaftlich erbrachter und erhärteter Untersuchungen zur Standortwahl soll eine Lücke bleiben. Diese soll so klein sein, dass das Gesetz nicht zum Widerstand bis zum Äussersten verpflichtet, sondern die Regierung legitimiert, Forderungen zu stellen, welche einem definitiven Standortentscheid seitens der Eidgenossenschaft zuvorkommen. Die Kommission hat sich mit Stichentscheid des Präsidenten für diesen Zusatz ausgesprochen, weil sie der Meinung ist, dass aufgrund des neuen Bundesrechts die Standortsuche im neuen Kernenergiegesetz geregelt ist. Der Ausfluss aus dem Gesetz ist das eingeleitete Sachplanverfahren zum geologischen Tiefenlager wie auch das transparente, faire, sachliche und wissenschaftliche Verfahren zur Standortevaluation. Damit dieses Verfahren aber sinnvoll ist, muss sichergestellt werden, dass es fair abläuft und keine unbegründeten Unterscheidungen bei der Prüfung der verschiedenen Standorte gemacht werden. Das heisst, dass zumindest Hand zu den Untersuchungen geboten werden muss, damit überhaupt vergleichbare Resultate möglich werden. Ferner verweist die Kommissionmehrheit darauf, dass dies auch die Haltung des Ausschusses der Kantone ist, dem sich der Schaffhauser Regierungsrat auch öffentlich angeschlossen hat.

Aus all den genannten Gründen stellt Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, die Kommission den Antrag, den ergänzten Gesetzestext, wie er vorliegt, anzunehmen. Ferner stelle ich Ihnen als Kommissionspräsident, nach Rücksprache mit meinen Kommissionskollegen, den Antrag, die zweite Lesung des Gesetzes sei gleich im Anschluss an die erste Lesung durchzuführen. Die Meinungen hinsichtlich des regierungsrätlichen wie auch des Kommissionsantrags sind gemacht und daran ändert auch eine weitere Besprechung der Kommission nichts. Deshalb bitte ich Sie, im Sinne der Effizienz, diesem Antrag mit mindestens einer Zweidrittelmehrheit zu folgen.

Markus Müller (SVP): Gleich vorweg: Sie haben gehört, was Dino Tamagni gesagt hat. Die Kommissionssitzung hat eine Stunde gedauert. In der Regel ist das ein Zeichen dafür, dass etwas entweder völlig unbestritten ist oder dass die Diskussion dazu im Rat stattfinden wird. Ich nehme an, bei diesem Geschäft ist Letzteres der Fall.

Am 17. Februar 2003 wurde in diesem Saal in alter Besetzung eine gute Diskussion zum Postulat von Hans-Jürg Fehr betreffend das Atommüll-Endlager Benken geführt. Alt Regierungsrat Herbert Bühl hat damals als Geologe ausgeführt, der Standort Benken sei aus geologischer Sicht langfristig ungeeignet. Die Standortfrage werde schliesslich ein politischer

Entscheid sein. Er könnte seine damalige Rede hier nochmals halten – sie würde immer noch gelten und zutreffen. Die Geologie ändert sich in sieben Jahren nicht. Aber leider liegt die Halbwertszeit dieser Materialien, die gelagert werden sollen, in der zeitlichen Dimension, in der sich die Geologie ganz sicher verändern wird. Nur als Fakt, und das ist quasi ein Naturgesetz: In etwa 30'000 Jahren wird der Klettgau unter einer etwa 60 bis 100 Meter dicken Eisschicht begraben sein. Und da soll mir jemand sagen, die Geologie werde sich nicht verändern. Ich nehme an, auch die übrigen Sprecher würden sich heute immer noch gleich äussern. Sogar Christian Heydecker ist mit seiner Feststellung, der Standort Benken sei aus globaler Sicht unvernünftig und internationale Lösungen müssten gesucht werden, positiv aufgefallen. Dafür sollten wir uns, lieber Christian Heydecker, wenn Sie dann eventuell als Ständerat in Bern sind, heute einsetzen und nicht die ungeeignete Schweiz mit ihrer flächendeckenden Besiedelung nach Lücken absuchen, wo die Bevölkerung den Widerstand verpasst hat.

Dies ist dann auch der einzige Punkt, über den wir letztlich hier diskutieren müssen. Die Nagra hat einen Auftrag, den sie richtig und sehr gut wahrnimmt, und sie hat keinen Auftrag, den sie aber auch sehr systematisch wahrnimmt: die politische Einflussnahme. Gerade gestern hat mir ein Mitarbeiter der Nagra an der Herbstmesse versichert, die Nagra habe nur die technisch-wissenschaftlichen Betrachtungen zu machen, die Schlüsse zu ziehen und die resultierenden Vorschläge zu begründen. Sie habe sich aus der politischen Diskussion herauszuhalten. Da muss ich doch schmunzeln, wenn ich nur schon die Abänderungsvorschläge, die wir hier vor Augen haben oder die allenfalls noch kommen werden, in Betracht ziehe. Es würde mich sehr reizen, die Abstimmungsbilder mit den Teilnehmerlisten der Nagra-Reisen nach Finnland oder Schweden zu vergleichen.

Wir als Kantonsratsmitglieder haben nicht eine technische, sondern eine politische Diskussion zu führen. Wir sind die politische Behörde. Der Regierungsrat hat den einzig möglichen Vorschlag zum Postulat aus dem Jahr 2008 gemacht. Die Kommission hat in einer kurzen Sitzung eine Änderung vorgeschlagen, die tatsächlich vom politischen Arm der Nagra stammen könnte. Sie hebt das Gesetz nämlich praktisch und faktisch auf. Meine Damen und Herren, vergleichbare Untersuchungsergebnisse liegen rasch vor. Ein ganzer Techniker- und Wissenschaftlerstab tut ja seit Jahren nichts anderes. Dass die Vergleichbarkeit wissenschaftlich erhärtet sein muss, ist dann wohl nur noch ein Witz. Wobei ich den Kommissionsmitgliedern natürlich nicht unterstelle, dass sie nicht daran glaubten. Punktuelle Resultate sind das eine, aber wissenschaftlich erhärtete Vergleiche und Schlüsse ziehen zu können, ist schlicht und einfach nicht möglich, weil das mit ein paar Jahrzehnten Erfahrung mit ei-

nem explosiven Phänomen, das sich als Prozess über Millionen Jahre hinzieht, nicht möglich ist. Die Geologie ihrerseits ist in denselben unvorstellbaren Dimensionen im Moment sicher auch nicht als vollständig verstanden und erklärbar zu deklarieren. Also müssen wir doch mangels wissenschaftlicher Sicherheit und Zuverlässigkeit das politische Handeln in den Vordergrund stellen. Und genau da wollen wir uns mit dieser vorgeschlagenen Änderung die Handlungsfreiheit selber wegnehmen und quasi dem Rest der Schweiz eine Einladung mit folgendem Inhalt schicken: Wir Schaffhauser haben nichts gegen ein Lager, es wird schon in Ordnung sein, wie die Nagra es begründet. Wie heisst doch der Spruch von den Kälbern und vom Metzger?

Ich gehe davon aus, dass wir zur Fassung der Regierung zurückkehren werden. Aber es geht nun darum, das deutlich zu tun. Wir werden sehr genau beobachtet. Und es ist so: Dort, wo der Widerstand am kleinsten ist, wird der Druck sofort aufgebaut. Das Gesetz ist übrigens nicht nur ein Auftrag an die Regierung, sondern an alle Behörden im Kanton. Ich konnte mir deshalb ein kleines Schmunzeln nicht verkneifen. Mein lieber Parteikollege hat mit seinem Stichentscheid dem Widerstand der Regierung gegen Atommüll-Lager im und um den Kanton eine Absage erteilt, will aber mit seiner Gemeinde «KLAR! Schaffhausen» beitreten und damit in der Gemeinde den militanten Widerstand fördern. Ich gehe davon aus, dass er heute wieder auf den Pfad der Tugend zurückfinden wird. Ich hätte übrigens auch keine Angst vor einer Volksabstimmung, wenn wir das Quorum heute nicht erreichen sollten. Nur müssen wir uns fragen, ob dieser Aufwand für eine Frage gerechtfertigt ist, die, wie ich annehme, im Volk wohl sehr klar beantwortet werden würde.

Ich gebe Ihnen ein abschliessendes Beispiel. Ich habe in den letzten zwei Wochen mit Personen aus der kantonalen Wirtschaftsförderung und mit Bankführungspersönlichkeiten aus dem Raum Schaffhausen gesprochen. Wer seinen Firmensitz nach Schaffhausen verlegen will, mietet in der Regel auf dem Flughafen Schmerlat einen Helikopter oder einen Piloten und fliegt über den Kanton und die Nachbarschaft. Er will jedes sichtbare Loch erklärt haben. Ist es kein Kiesloch, wird nachgeforscht. Und wenn dann das Wort Atommüll-Endlager in den Mund genommen wird, machen diese Leute weder einen zweiten Besichtigungsflug, noch tauchen sie wieder bei der Wirtschaftsförderung auf. Es ist einfach so: Heute kann man auslesen. Auch wenn Franz Hostettmann das nicht will, weil Stein am Rhein so schön ist, dass das dort wahrscheinlich gar keine Rolle spielt. Aber bei uns im Klettgau tut es das sehr wohl.

Ich glaube, dass es sich heute lohnt, für unseren Kanton und die Zukunft seiner Einwohner ein starkes und verbindendes Zeichen zu setzen, und bitte Sie, der Regierungsfassung zuzustimmen. Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion wird dies mit einer Mehrheit tun.

Daniel Fischer (SP): Die alten Siblinger Kämpfer auf der Tribüne hätten keine Freude, wenn in 20, 30 Jahren ein Tourismusplakat so aussehen würde: «Schaffhauser Atommüll-Endlagerland.» Aber genau so könnte es herauskommen, wenn wir das Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten mit dem heydeckerschen Schlaumeierzusatz faktisch zu Grabe tragen würden, wie es eine knappe Mehrheit der Kommission vorschlägt. Die Region Schaffhausen könnte tatsächlich zu einer Erlebnis-Tourismus-Attraktion werden, weil wir in zig Jahren vermutlich über das weltweit erste fertige Atommüll-Endlager verfügen würden.

Seit Jahren versuchen uns die Nagra und deren Lobbyisten mit riesigem finanziellem Aufwand und mit allen erdenklichen Mitteln und PR-Massnahmen glaubhaft zu machen, dass ein Endlager in der Schweiz, in bevölkerungsreichen Gegenden wie Benken oder vielleicht sogar in den nördlichen Lägern machbar und dass diese Lagerung auf 100'000 bis 300'000 Jahre hinaus sicher sei. Das wisse man heute schon. In der dicht besiedelten Schweiz soll also möglich sein, was es weltweit noch gar nicht gibt: ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle.

Übrigens so nebenbei: Interessant ist die Wortwahl der Atomenergieweretreter. Anstelle von «hoch radioaktiv» spricht die Nagra von «hochaktiv». «Aktiv» klingt positiv, was man von radioaktiv nicht gerade behaupten kann.

Zurück zur Frage: Warum setzte bis dato weltweit noch niemand ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Betrieb, wenn es doch angeblich so einfach und sicher sein soll, wie uns die Nagra vorspiegelt? Warum gibt es in Deutschland – 50 Jahre, nachdem das Atomgesetz zum Bau und Betrieb von Atomkraftwerken beschlossen wurde – noch kein Endlager für hoch radioaktive Abfälle? Ganz einfach, weil es schlicht noch keine technische Methode gibt, den Atommüll auf 100'000 bis 300'000 Jahre oder Millionen von Jahren sicher zu lagern. Wer behauptet, gemäss dem heutigen technischen Wissensstand sei dies machbar, der irrt. Und er irrte schon vor zig Jahren in Kölliken, als man mit dem damaligen technischen Wissensstand harmloseren Müll vergrub, den man heute für Milliardenbeträge wieder herausholen muss. Der irrte auch in Asse (D). Dort müssen die Steuerzahler 3,7 Mia. Euro in die Hand nehmen, um den Schlamassel zu beheben. Es gibt schlicht noch kein Endlager, das alle Sicherheitskriterien erfüllt und zudem die Rückholbarkeit garantiert, sollte es zum Beispiel in 2000 Jahren plötzlich sicherere Endlagerungsmethoden oder technische Mittel geben, den Atommüll wieder zu verwerten.

Die Schaffhauser Regierung hat eine sozioökonomische Studie in Auftrag gegeben, die ganz klar die massiven negativen Auswirkungen auf unseren Kanton aufzeigt, die uns ein Endlager in der Region bescheren würde. Ich verzichte darauf, diese Ergebnisse zu wiederholen. Das können wir uns nicht leisten, wollen wir für Einwohner und potenzielle Zuzü-

ger attraktiv bleiben respektive noch attraktiver werden. Seit Jahrzehnten sind die Bevölkerungszahlen in vielen Gemeinden des Kantons Schaffhausen rückläufig. Alarmierend ist auch die negative Entwicklung der Altersstruktur. Vor bald 10 Jahren lancierte ich darum im Kantonsrat mit einem Postulat das heutige Wohnortmarketing. Es sollte, nebst der Wirtschaftsförderung und der Tourismusförderung, zum dritten Standbein des Schaffhauser Standortmarketings werden und wurde es auch. Mit all diesen Marketingmassnahmen und dem neu dazugekommenen Label «Kleines Paradies» versuchen wir seit Jahren, unsere Region, die zweifellos über eine hohe Lebensqualität verfügt, auch über die Kantonsgrenzen hinaus bekannt zu machen. Durchaus mit Erfolg. All diese Bestrebungen wären vergeblich, wenn wir in Benken oder in den nördlichen Lägern ein Atommüll-Endlager hätten. Da ziehen doch kaum mehr reihenweise junge Familien mit Kindern, an denen es uns so mangelt, nach Schaffhausen. Es ist deshalb unabdingbar, dass wir im bestehenden Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten die Verpflichtung zum Widerstand – auf Antrag der Regierung und auch aufgrund einer Motion von Hans-Jürg Fehr – auch auf die «angrenzende Nachbarschaft» ausweiten. In diesem Punkt scheint innerhalb des Rates Einigkeit zu herrschen.

Gar nicht einverstanden sind wir aber mit dem Zusatz, den die bürgerliche Mehrheit der Kommission ins Gesetz einbringen will. Jenem Zusatz, der das Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten faktisch abschaffen würde und nach aussen das Signal aussendet: «Bei uns müsst ihr mit keinem Widerstand mehr rechnen, sobald die Vergleichsuntersuchungen abgeschlossen sind.» Wir wissen doch alle, dass ein Endlager dort gebaut wird, wo der Widerstand am schwächsten ist. Punkto Glaubwürdigkeit der Widerstandsbereitschaft standen wir bislang im Vergleich mit den anderen Standortgemeinden sehr gut da. Sind wir doch der einzige Kanton, der ein Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten hat. In keinem anderen Kanton ist die Regierung verpflichtet, grundlegenden Widerstand gegen Lagerstätten zu leisten. Diesen Vorteil geben wir preis, wenn sich die Regierung nicht mehr gegen ein Endlager stellen darf, sobald die Vergleichsuntersuchungen abgeschlossen sind. Dies hat auch die Regierung erkannt und sie stellt darum richtigerweise dem Kantonsrat den Antrag, der Zusatz solle wieder aus dem Gesetz gestrichen werden. Ansonsten hätten wir diesen Antrag gestellt.

Die SP-AL-Fraktion ist für Eintreten, für die Erweiterung der Widerstandspflicht in Bezug auf angrenzende Gebiete und wird dem Antrag der Regierung, der Zusatz sei wieder aus dem Gesetz zu streichen, zustimmen. Ein Gesetz mit dem von der Kommission beantragten Zusatz würden wir in der Schlussabstimmung ablehnen.

Martin Kessler (FDP): Sie sehen, wer dachte, diese Gesetzesänderung sei eine einfache und somit schnell durchzuwinkende Sache, befindet sich auf dem Holzweg. Die FDP-JF-CVP-Fraktion hat die Vorlagen von Regierung und Kommission intensiv diskutiert. Die Meinungen reichen dabei von «Streichung des Gesetzes», weil es heute, im Gegensatz zur Entstehungszeit des Gesetzes, ein geregeltes Verfahren gibt, welches für alle potenziellen Standorte ein faires Vorgehen sicherstellt, bis hin zur Einsicht, dass sich die Kantonsbehörden ständig in einem Konflikt befinden – einerseits müssen sie von Gesetzes wegen Fundamentalopposition gegen ein mögliches Tiefenlager machen, andererseits müssen sie sich ans Bundesrecht halten und im Sachplanverfahren mitmachen, wie es die Regierung zu tun gedenkt und was sie schon mehrfach bestätigt hat. Diese Gruppierung innerhalb unserer Fraktion wird deshalb die Kommissionsvorlage unterstützen.

Zurück zur regierungsrätlichen Vorlage möchten diejenigen unter uns, welche von einem Tiefenlager in unserer Region schwerwiegende Nachteile befürchten, aber auch diejenigen, welche den Widerstand nicht in dem Moment aufgeben wollen, wo es um das Verhandeln von Ausgleichszahlungen geht. Ob dabei auch militanter Widerstand in unserer Fraktion angedacht ist, wie Markus Müller es erwähnt hat, glaube ich dann doch nicht.

Einig sind wir uns, dass wir auf die Vorlage eintreten werden. Anträge entsprechend den verschiedenen Meinungen sind aber nicht auszuschliessen.

Urs Capaul (ÖBS): Um es gleich vorwegzunehmen: Die ÖBS-EVP-Fraktion stellt sich hinter die Regierung und lehnt den unglücklichen, ja kontraproduktiven Zusatz ab, welcher mit dem Stichtscheid des Kommissionspräsidenten von der Spezialkommission eingefügt wurde.

Nun machen wir die Kommissionssitzung im Kantonsrat, wo unsere Fraktion auf mehr Fingerspitzengefühl hofft. Auf die Gründe, weshalb der eingefügte Zusatz nichts als Unfug ist und die bisherigen Anstrengungen der Regierung unterläuft, brauchen wir dank der Stellungnahme des Regierungsrates vom 19. Oktober 2010 nicht einzugehen. Faktisch würde mit diesem Zusatz das Gesetz aufgehoben. Angesichts der vielen offenen Fragen rund um die Tiefenlager, und zwar nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit, das hat auch Daniel Fischer erklärt, erachtet es die ÖBS aber generell als fragwürdig, die radioaktiven Abfälle nach dem Motto «aus den Augen, aus dem Sinn» in der Tiefe zu versenken.

Einige offene Punkte als Beispiele, nicht abschliessend, seien erwähnt: Die Gasproblematik und der Einfluss der Mikroorganismen sind ungenügend abgeklärt; ungenügender Kenntnisstand in Bezug auf tektonische Brüche und die Wirkung einer Wärmeabgabe auf den Opalinuston; gene-

relle Überprüfung der Lagerkonzeption, mit dem Ziel, eine dauerhafte Überwachung und eine Rückholbarkeit der Abfälle zu gewährleisten.

Dass es wichtig ist, der Regierung den Rücken zu stärken, zeigt auch das Auswahlverfahren zum Tiefenlager. Die vorgeschlagenen Standorte sind ungleich tief bearbeitet. Es besteht die Absicht, erst in Etappe 3 einen Wissensgleichstand herzustellen. Dies ist kritisch zu hinterfragen. Sollte sich nämlich ein anderes Gebiet als besser geeignet erweisen, wäre in der laufenden Etappe 1 ein grosser Leerlauf inszeniert worden. Das sogenannte Partizipationsverfahren in den Standortregionen wäre für die Katz. Oder geht es nicht vielmehr darum, eine vorgefasste Meinung, sprich einen Standort, mit einem Mäntelchen von Demokratie abzuseggen?

Bitte also keine Dolchstösse in den Rücken der Regierung, sondern ein Zusammenschluss hinter der Regierung, um ihr den Rücken zu stärken. Im Übrigen ist die ÖBS-EVP-Fraktion der Meinung, es sollte nicht nur über Sicherheit, sondern vielmehr auch über die Risiken gesprochen werden.

Franz Hostettmann (SVP): Vor Kurzem hat das Bundesamt für Energie an einem Informationsanlass in Trüllikon aufgezeigt, wie der Standort für ein Atommüll-Endlager bestimmt wird. Ich versuche, meine Argumentation für meinen Antrag in der Kommission sachlich, ohne Emotionen und ohne politische Ambitionen auf die nächsten Wahlen darzulegen.

In den «Schaffhauser Nachrichten» konnte man folgenden Bericht lesen: Gemäss dem Sachplan der Nagra erfolgt die Suche nach einem Endlager in drei Etappen. Bis Mitte 2011 bestimmt die Nagra sechs Standortregionen, für hochaktive Abfälle Zürich Nord-Ost, nördliche Lägern und Bözberg, für schwache und mittelschwache Abfälle Süd-Randen, Jura-Südfuss und Wellenberg. Diese Vorschläge wurden von den Experten bestätigt. Bis Ende November läuft eine öffentliche Anhörung. Dann entscheidet der Bundesrat, welche Standorte im Rennen bleiben. Im Rahmen dieser Anhörung ist es unsere Pflicht, uns gegen ein Atommüll-Endlager in unserem Kanton oder in der Region mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren. Dazu brauchen wir nicht in erster Linie ein Gesetz, sondern das notwendige Verantwortungsbewusstsein für unsere Region, für unsere Einwohnerinnen und Einwohner. Hier ist der Regierungsrat gefordert.

Ab Mitte 2011 werden die Projekte unter der Beteiligung der Regionen konkretisiert. Der Bundesrat wird mindestens je zwei Standorte für schwache und mittelradioaktive sowie für hoch radioaktive Abfälle festlegen. Bis zirka 2018 oder 2020 werden vertiefte Untersuchungen durchgeführt. Der Bundesrat wird die definitive Standortwahl durchführen, welche vom eidgenössischen Parlament bestätigt werden wird. Gegen die-

sen Entscheid kann das Referendum ergriffen werden. So die Zusammenfassung des Berichts aus den «Schaffhauser Nachrichten».

Der Titel in den «Schaffhauser Nachrichten» zur Veranstaltung in Trüllikon war klar und unmissverständlich: «Eigentlich haben wir nichts zu sagen.» Das Referendum gegen einen Standortentscheid des Bundesrates kann wohl ergriffen werden. Uns ist aber klar, dass bei einer Abstimmung das Schweizervolk als Ganzes über den Standort entscheidet und nicht eine Region. Dabei sei die Frage erlaubt: Was nützt uns ein Gesetz, welches der Region letztlich nicht dient?

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Atommüll geht uns alle etwas an. Der moralische Anstand verlangt, dass wir uns ehrlich und in Selbstverantwortung mit der Endlagerung von radioaktiven Abfällen auseinandersetzen. Diese schwierige und anspruchsvolle Auseinandersetzung darf nicht durch Emotionen, durch Panikmache geschürt werden oder einzelnen Politikerinnen und Politikern dazu dienen, sich zu profilieren zu versuchen.

Erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick in die Schaffhauser Politik zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen. Der Kanton Schaffhausen hat in seiner Stellungnahme zum Entsorgungsnachweis 2005 gefordert, dass mehr Gebiete einbezogen werden. Diese Forderung wurde mit dem Sachplan geologische Tiefenlager berücksichtigt. Weiter hat der Regierungsrat festgehalten, er anerkenne den Entsorgungsnachweis als technische Beurteilung. Er anerkenne auch, dass die Expertenberichte generell glaubwürdig, nachvollziehbar und transparent seien. Er wolle auch Gewähr haben, dass radioaktive Abfälle am bestmöglichen Standort entsorgt würden und er verlange, dass im Laufe des Verfahrens keine Standortentscheide vorweggenommen werden dürften. In der Stellungnahme von 2005 wird eine mögliche Entsorgung im Ausland angesprochen. Diese Frage ist interessant, vermag aber zurzeit keine Möglichkeit zu öffnen. Länder wie Finnland, Schweden, Deutschland, Frankreich und Spanien haben Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle bereits in Betrieb. Finnland baut zurzeit das erste Lager für hochaktive Abfälle. Man sollte sich ausserdem bewusst machen, dass bei fairer Diskussion über Auslandsentsorgung immer auch das eigene Land als multinationaler Standort ins Spiel kommen könnte. Ich habe nichts dagegen, wenn wir im Ausland eine Lösung finden, die vertretbar ist. Markus Müller sagt immer wieder, er fliege mit seinem grossen Flugzeug über Gegenden, wo keine Leute lebten, da seien immer noch Möglichkeiten offen. Solches Denken hingegen ist verantwortungslos.

Ich möchte noch auf die Stellungnahme des Regierungsrates zum Konzept Sachplan 2007 hinweisen. Auf Seite 7 ist im Schlussabschnitt zu lesen: «Der Regierungsrat hat sich immer wieder dafür ausgesprochen, dass der angestrebte Evaluationsprozess unter Partizipation der infrage

kommenden Standortregion und unter Einbezug der Bevölkerung zielführend vorangetrieben wird. Er hat aber ebenso darauf hingewiesen, dass die Standortwahl nicht zur Alibiübung werden darf.» Es gibt wohl einige Unterschiede zu den Forderungen unseres Regierungsrates. Der Regierungsrat fordert mindestens drei Standorte. Zwei wurden von der Nagra oder dem Bundesamt bestimmt. Die Vergleichbarkeit muss auf einer identischen Datentiefe beruhen. Es ist vorgesehen, dass in den nächsten Etappen weitere Felduntersuchungen, Tiefenbohrungen und seismische Messungen an den vorgeschlagenen Standorten durchzuführen sind. Also müssen diese Untersuchungen auch unterstützt werden, um den bestmöglichen Standort zu finden. Daher ist es nicht sinnvoll, ein kantonales Gesetz, welches klar nach dem Bundesgesetz kommt, zu verschärfen.

Der Regierungsrat Schaffhausen steht hinter dem Atommüllgesetz und muss sich daher bereits bei vorbereitenden Handlungen wehren. Er spricht sich gegen den Vorschlag der Kommission aus. Der Regierungsrat müsste eigentlich die von der Kommission vorgeschlagene Ergänzung unterstützen. Die Regierung fordert in verschiedenen Stellungnahmen einen breiten Auswahlprozess. Sie fordert, dass verschiedene Standorte gleichwertig geprüft werden, und einen fairen Prozess. Gerade dies will der Zusatzantrag der vorberatenden Kommission. Der Regierungsrat müsste also grösstes Interesse an der Ergänzung haben. Oder warum will sich der Regierungsrat gegen eine Bohrung zum Beispiel im Weiland oder im Zürcher Unterland wehren? Diese beiden Gebiete liegen in unmittelbarer Umgebung des Kantons Schaffhausen und gemäss Gesetz muss sich der Regierungsrat zur Wehr setzen. Ob dies im Sinne einer «freundeidgenössischen» Lösung ist, sei dahingestellt.

Erlauben Sie mir noch einige weitere Bemerkungen. Schweizweit werden im Durchschnitt 40 Prozent Kernenergie genutzt. Im Kanton Schaffhausen beziehen die Kunden des kantonalen Elektrizitätswerkes fast 80 Prozent Strom aus Kernkraftwerken. Davon kann sich der Regierungsrat nicht einfach abwenden und sagen, wir haben damit nichts zu tun und wollen kein Tiefenlager. Ja noch besser: Wir müssen uns auch gegen Untersuchungen und vorbereitende Handlungen wehren! Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, muss in dieselbe Richtung zielen. Gemäss kantonalem Gesetz ist der Regierungsrat verpflichtet, sich gegen ein geologisches Tiefenlager mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren. Aber hat sich der Regierungsrat als Axpo-Kanton mit Verwaltungsratsmandat auch für einen Verzicht auf den Bau eines neuen Kernkraftwerkes stark gemacht? Die Axpo hat beim Bundesamt für Energie ein Gesuch für ein neues Kernkraftwerk eingereicht. Und hier frage ich den Regierungsrat: Wie können Sie einerseits ein Gesuch für den Bau eines

neuen Kernkraftwerkes unterstützen, aber andererseits die Entsorgung von Atommüll ablehnen? Das ist ein Widerspruch. Das ist unehrlich. Man kann nicht für neue Kernkraftwerke stimmen und gegen die Entsorgung sein! Diesen Widerspruch kann ich nicht nachvollziehen.

Erlauben Sie mir einige Worte zu den Alternativenergien. Selbstverständlich fördern wir Alternativenergien. Wir müssen aber auch die Problematik erkennen. Wir sehen heute, dass die Windenergie kaum genutzt werden kann, weil sich jetzt schon Widerstand wegen des Lärms und des Naturschutzes regt. Wir führen in Stein am Rhein eine Studie zur Nutzung der Geothermie durch. An uns wurde auch die Idee herangetragen, wir sollten an unseren Brückenpfeilern, wo die Strömung stark ist, Turbinen anbringen. Aber auch das wird nicht möglich sein, weil es ebenfalls durch ein Gesetz verhindert wird. Ich zitiere aus dem Wasserwirtschaftsgesetz: «Die Nutzbarmachung der Wasserkraft des Rheins auf Schaffhauser Gebiet wird grundsätzlich auf das heutige Mass der Ausnützung beschränkt.» Also werden wir an unseren Brückenpfeilern keine Turbinen anbringen können. Auch meine geliebte Natur- und Heimatschutzkommission wird noch ihren Kommentar dazu abgeben und monieren, der Blick auf die Insel Werd würde dadurch eingeschränkt.

Vielleicht noch der Vergleich mit Wellenberg NW. Es heisst immer wieder, Nidwalden habe sich gewehrt und sei nun nicht mehr dabei. Der Wellenberg ist heute wieder dabei.

Meine Damen und Herren, noch eine ganz persönliche Bemerkung: Der Sachplan «geologische Tiefenlager» gibt ein transparentes, etappiertes Auswahlverfahren vor. Die Leitung liegt beim Bund. Ein Ausschuss der Kantone, in dem auch Schaffhausen Einsitz hat, unterstützt ihn bei der Durchführung des Verfahrens. Die betroffenen Regionen und Gemeinden werden ebenfalls miteinbezogen. Wir alle haben die Aufgabe, die Standortsuche kritisch zu begleiten und unsere Forderungen einzubringen. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die Lagerung der radioaktiven Abfälle Sache der Nation ist und gesamtschweizerisch gelöst werden muss. Derjenige Standort, der sich schliesslich nach allen Vorgaben und sicherheitstechnischen Kriterien als richtig erweist, sollte realisiert werden. Bitte stimmen Sie dem Antrag der Kommission zu.

Gottfried Werner (SVP): Am 19. Mai 2008 wurde die Motion Nr. 495 an die Regierung überwiesen. Im Vorfeld bat ich damals Hans-Jürg Fehr, seinen Motionstext so abzuändern, dass auch die SVP zustimmen könne. Der Zusatz lautete damals wie folgt: «... vorgenommen werden, solange keine alternativen Standorte seriös und gleichwertig geprüft worden sind und für den Fall, dass geeignete, sichere Standorte in der Nähe der schweizerischen Atomkraftwerke vorhanden sind.» Hans-Jürg Fehr hat diesen Zusatz bestimmt, aber höflich abgelehnt. Heute lehne ich den Zu-

satz der Spezialkommission ebenso höflich ab. Ich habe aber auch wenig Lust, dem Gesetz zuzustimmen. Denn mit diesem Gesetz verbieten wir dem Regierungsrat, eine eigene Meinung zu haben und diese auch kundzutun.

Vor gut zwei Jahren versteckte man sich noch vor der zu erwartenden sozioökonomischen Studie, die der Kanton Schaffhausen in Auftrag gegeben hatte. Natürlich zeigt dieser Bericht einige negative Punkte auf, aber wenn man zum Beispiel die prognostizierte Bevölkerungsabwanderung dem Verlust von Arbeitsplätzen gegenüberstellt, resultiert daraus ein Nullsummenspiel. Bis heute konnte ich in meinem Bekanntenkreis noch niemanden ausfindig machen, der zu seinem Konsumverhalten bei einem allfälligen Endlager befragt worden wäre. Es wird ausserdem angeführt, dass die befragten Leute kaum einen Unterschied zwischen stark oder schwach radioaktiven Abfällen wahrnahmen. Dort, wo aber in unserem Kanton schwach radioaktive Abfälle entstehen, zum Beispiel im Spital und in der chemischen Industrie, arbeiten weit mehr als tausend Personen und gehen tagtäglich ein und aus. Dasselbe Bild zeigt sich bei den hochaktiven Abfällen in Kernkraftwerken und den Zwischenlagern. Und so frage ich mich heute, weshalb immer mehr Widerstand gegen sichere Endlager propagiert wird. Von allen Seiten werden erneuerbare Energien gefordert. Heute werden bereits die ersten Fotovoltaikanlagen entsorgt. Nach neusten Berichten enthalten diese teilweise Substanzen, welche die Umwelt stark gefährden und, im Gegensatz zum Atommüll, nicht unbedingt kontrolliert entsorgt werden. Unsere Aufgabe müsste also heissen: Mithilfe zur bestmöglichen Entsorgung von gefährlichen Abfällen. Denn mit der Verhinderungstaktik kommt schliesslich niemand weiter.

Martina Munz (SP): Geschätzte Gäste auf der Tribüne, unter Ihnen hat es viele ehemalige Kämpfer, die zusammen mit der Sigrä (Sibilingen gegen radioaktive Abfälle) gegen die Bohrungen in Sibilingen gekämpft haben. Wir haben damals eine grosse Volksbewegung ins Leben rufen können und bewirkt, dass die Nagra den Standort Sibilingen aufgegeben hat. Wir haben in den Berichten gelesen, dass Sibilingen als Standort für ein Atommüll-Lager nicht geeignet sei. Heute aber diskutieren wir über Standorte, die nur etwa fünf Kilometer von Sibilingen entfernt sind.

Ein Atommüll-Lager, meine Damen und Herren, entsteht dort, wo der Widerstand am kleinsten ist. An der Schaffhauser Herbstmesse werden Bügeleisen und Tumbler verkauft. Es wird energiesparendes Bauen und vieles mehr angepriesen. Überhaupt wird fast alles angeboten, was der moderne Mensch so braucht, damit es ihm in der Freizeit nicht langweilig wird. Daneben nutzen Kandersteg und Kenia ihr Gastrecht an der Herbstmesse. Sie verkaufen ihre intakte Landschaft und ihre Naturschönheiten. Auch die Nagra ist an der Herbstmesse anwesend. Und

was verkauft sie uns? Sie verkauft unserer Region doch tatsächlich ihren Atommüll! Greifen wir also zu? Oder wer kann dieser Versuchung widerstehen? Noch sind es viele, die widerstehen können, aber wir müssen stark bleiben, und zwar noch lange!

Vor rund zwei Jahren präsentierte sich der Gastkanton Schaffhausen am Sechseläuten als «Ein kleine Paradies». Das gelbe Wölklein ist seither unser Logo. Wenn wir der Versuchung der Nagra nicht widerstehen, sondern beim Atommüll zugreifen, dann können wir das kleine Paradies in die Wolken schreiben. Das kleine Paradies würde immer klein bleiben und das strahlende Wölklein würde als Logo für die Region weiterhin gut passen.

Solcher Sarkasmus wird von der FDP noch übertroffen. Sie überraschte unlängst in einem Leserbrief mit der These, der Tourismus werde durch ein Atommüll-Lager angekurbelt. Katastrophengeile Touristen kennt tatsächlich auch Tschernobyl. Ein tiefer Lungenzug des dortigen Grauens ist sicher mehr wert als ein Bericht aus der Flimmerkiste. Will die FDP wohl ihren Abzocker-Zeitgeist nutzen und sogar unsere Region der Geldgier opfern? Will sie nochmals ganz vorne mitmischen, unter dem Titel: Zuerst beim Staat Abgeltungszahlungen einfordern und dann noch Katastrophentouristen abzocken? Was für eine tolle liberale Vision!

Nein, meine Damen und Herren, dem Mammon dürfen wir nicht verfallen! Unsere Bevölkerung, unsere Familien, die hier leben, Kinder grossziehen und arbeiten, haben andere, echte und nachhaltige Visionen. Wir lieben diese «Grüne Region am Rhein», sind mit ihr verbunden und dieser kleine Fleck auf der Weltkarte ist unser Zuhause, unsere Heimat. Urs Capaul, Daniel Fischer und Markus Müller haben viele technische Argumente aufgezählt, warum heute noch kein Atommüll-Lager gebaut werden solle und warum es noch zu risikoreich sei. Ich muss da nicht noch Weiteres anfügen. Alles sei also nur halb so schlimm, beteuert die Nagra. Der Atommüll werde absolut sicher versorgt: Einpacken, vergraben, vergessen, Problem gelöst! Angeblich bürgen ihre Wissenschaftler für solche Sicherheit.

Haben Sie schon mal davon gelesen, dass 1928 eine radioaktive Zahncreme angepriesen wurde? Sie wurde wissenschaftlich getestet und es hiess, sie sei gut für die Gesundheit. Die radioaktive Strahlung sei biologisch, massiere das Zahnfleisch und die Zähne würden auch bei starken Rauchern wieder strahlend weiss. So schnell ändert sich also die Wissenschaft!

Der Leiter des Patentamtes in London wollte um die vorletzte Jahrhundertwende das Patentamt schliessen, da alle wichtigen Erfindungen der Menschheit gemacht seien. Viele unter uns glauben, man wisse heute annähernd alles bezüglich radioaktiver Strahlung und kenne das langfristige Verhalten hoch radioaktiver Stoffe. Die kommenden Generationen

werden wohl laut herausschreien und sich ärgern über solche Naivität und primitives Wissen, genau so, wie wir heute über die Propaganda für eine radioaktive Zahnpasta lachen. Mein Fazit: Die Zeit ist noch nicht reif für eine langfristige und unkontrollierbare Entsorgung von Atommüll!

In den letzten 30 Jahren wurden uns vier Wirtsgesteine für die Lagerung von Atommüll präsentiert, immer wissenschaftlich erhärtet und immer mit dem Anspruch, dass dieses Gestein jetzt wirklich das sicherste sei. Und welcher Untergrund wird uns morgen als absolut sicher präsentiert? Unsere Wissenschaftsgläubigkeit ist gefährlich, vor allem für die kommenden Generationen. Denn austretende radioaktive Strahlung ist in kleinsten Mengen tödlich, kann das Erbgut aller kommenden Generationen von Mensch, Tier und Pflanzen schädigen und bringt in Form von Krankheiten, vor allem Krebs, viel Leid über die Menschheit. Spielen wir nicht den Zauberlehrling – nicht am Südranden, nicht in Benken und auch nicht an einem andern Ort. Denken Sie an die Titanic, das unsinkbare Schiff, eine Tragödie! Die ganze aufgeklärte Menschheit hat damals an die Unsinkbarkeit der Titanic geglaubt. Ein einziger Eisberg hat diese Illusion zerstört. Und was ist, wenn unsere Illusion vom sicheren Atommüll-Lager zerstört wird?

Wenn ich in unserer Region mit aller Kraft gegen ein Atommüll-Lager kämpfe, dann kämpfe ich gleichzeitig auch gegen alle angekündigten Atommüll-Lagerstandorte. Sankt-Florians-Politik ist nicht mein Ding. Die Atommüll-Forschung ist noch zu jung. Die Zeit ist nicht reif, Atommüll endgültig unter der Erdoberfläche zu verscharren! Die Wissenschaft muss noch bessere Wege zur Verarbeitung und zum Umgang mit hoch radioaktivem Atommüll finden.

Was ist die Alternative? Radioaktive Abfälle müssen in einem gut kontrollierbaren, jederzeit zugänglichen Lager aufbewahrt werden. Das sogenannte «ZWILAG» in Würenlingen kann als gut funktionierendes Beispiel angeführt werden. Die Abfälle sind jederzeit gut zugänglich und gut kontrollierbar. Veränderungen können laufend festgestellt werden. Erst wenn die Technologie für eine sichere Verarbeitung und Lagerung gefunden ist, kann und soll eine Endlösung angestrebt werden. Und all diejenigen, die sagen, ein «ZWILAG» sei vor Terroristen zu wenig gut geschützt, möchte ich entgegnen: Wie viele Angriffe gab es denn bereits auf unser Nationalbankgold? Und an dieses Gold wollen sicher mehr Leute als an den Atommüll.

Im vorgesehenen Atommüll-Lager wären die Stollen nämlich nicht zugänglich. Die Fässer würden in Betonit eingegossen und wären nur mit enormem finanziellem Aufwand rückholbar. Kölliken lässt grüssen. Auch dieser Sondermüll ist rückholbar. Die Frage ist einfach, wie. Noch gibt es auf der ganzen Welt kein einziges funktionierendes Atommüll-Lager für hoch radioaktiven Atommüll.

Enttäuscht hat mich Franz Hostettmann. Er ist sonst so selbstbewusst und eigenständig und steht für die Vorteile seines Städtchens Stein am Rhein immer ein. Heute war er eine Marionette der Nagra. Was doch eine Reise nach Finnland alles bewirken kann.

Und zum fairen Vorgehen, das Martin Kessler erwähnt hat: Das echt demokratische Vorgehen wurde ausgehebelt. Das Vetorecht der Kantone ist abgeschafft worden. Von einem Atommüll-Lager ist bei uns nicht nur ein kleiner Teil des Kantons, sondern der ganze Kanton betroffen. Es gibt nur noch eine eidgenössische Abstimmung, die der Sankt-Florians-Politik Tür und Tor öffnet. Zudem ist die deutsche Nachbarschaft, die genau so wie wir betroffen ist, von dieser demokratischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen.

Stuttgart 21 zeigt, was Widerstand bewirken kann. Das Atommüll-Lager, falls es denn je gebaut wird, wird dort errichtet werden, wo der Widerstand am geringsten ist. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Wenn wir uns glaubwürdig gegen ein Atommüll-Lager wehren wollen, dann müssen wir auch bereit sein, aus dieser gefährlichen Technologie auszusteigen. Denn nur ein einziges zusätzliches Atomkraftwerk würde bereits zu einer Verdoppelung der Menge an hoch radioaktivem Abfall führen.

Als Vertreterinnen und Vertreter unserer Bevölkerung sind wir verpflichtet, uns gemeinsam mit den Behörden gegen diesen Wahnsinn zu wehren. «Kein Atommüll-Lager soll einer Region aufgezwungen werden.» Dieses Zitat stammt vom Zürcher Regierungsrat Markus Kägi, Vorsitzender des zuständigen Ausschusses der Kantone. Es ist nachzulesen in der Informationsschrift der Nagra. Also auch die Nagra stellt sich hinter diese Aussage.

Zeigen wir der Nagra die rote Karte! Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrag des Regierungsantrages zu und lehnen Sie die Kommissionsvorlage deutlich ab.

Stephan Rawyler (FDP): Ich beantrage und empfehle Ihnen, zur regierungsrätlichen Fassung zurückzukehren.

An Martina Munz: Ich kann Ihnen versichern, wirklich freisinnig-liberaler Geist ist unvereinbar mit dem marktwirtschaftsschädigenden Verhalten gewisser Abzocker. Das gehört nicht zur FDP.

Der Kanton Schaffhausen wird von möglichen Standorten für atomare Tiefenlager eingekreist respektive ist davon mit dem möglichen Tiefenlager Süd-Randen unmittelbar betroffen. Aber auch die möglichen Standorte Benken und Lägern-Nord berühren unseren Kanton direkt. Umso mehr befremdet es, dass die kantonsrätliche Kommission nun mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten eine Formulierung vorschlägt, welche die Schaffhauser Position nicht stärkt, sondern im Gegenteil schwächen soll. Das ist kein Zufall, sondern volle Absicht! Die Formulie-

rung basiert auf dem Vorschlag eines Nichtkommissionsmitglieds, das meiner Fraktion angehört. Dies enttäuscht mich zutiefst, zumal die FDP bis anhin stets auch ein Hort für berechtigte Umweltanliegen war. Ich kann mich beim besten Willen nicht des Eindrucks erwehren, dass beim Kommissionsvorschlag die Interessen der Nagra und des Forums VERA (Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle) über diejenigen der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen gestellt werden, was nicht angeht. Faktisch kommt der Text einer Kapitulationserklärung gegenüber der Nagra und dem Bundesamt für Energie (BFE) gleich. Diese beiden Stellen verfolgen die Diskussion im Kanton Schaffhausen äusserst aufmerksam, wird doch auch die politische Dichte des Opalinustons geprüft. Die von der Kommission vorgeschlagene Formulierung bedeutet in der Konsequenz, dass die Nagra selber bestimmen kann, wann die wissenschaftlich erhärteten und vergleichbaren Untersuchungen vorliegen, womit es in der Hand der Nagra liegt, den politischen Widerstand des Regierungsrats des Kantons Schaffhausen zu brechen. Dies liegt aber nicht in unserem Interesse, sondern allein in demjenigen der Atomwirtschaft. Genauso wenig, wie man nicht nur ein «bisschen schwanger» sein kann, kann man auch nicht nur ein «bisschen gegen oder für ein atomares Tiefenlager» sein. Hier sind klare Positionen und kein Verwedeln der eigenen Haltung mittels politischer Nebelpetarden gefragt. Wer heute das Hohelied auf den Sachplan singt, verkennt, dass dieses Instrument des Raumplanungsgesetzes bis anhin für sehr harmlose Zwecke eingesetzt wurde. So zum Beispiel für die Regelung der Fruchtfolgeflächen. Etwas weniger harmlos ist vielleicht die Regelung des Schiesswesens. Ganz aktuell ist schliesslich noch die Thematik der Starkstromleitungen. Aber für ein Thema mit dieser Brisanz wurde dieses Verfahren noch nie eingesetzt. Wir sind dabei, den Prototyp gleich 1 : 1 umzusetzen.

Die sozioökonomische Studie, welche der Regierungsrat in Auftrag gegeben hat, zeigt in aller Deutlichkeit, dass ein atomares Tiefenlager für unseren Kanton von grösstem Nachteil wäre. Dafür spricht übrigens auch, dass das BFE selbst stets von Schadenersatz spricht. Würde kein Schaden entstehen, müsste der Bund auch gar kein Geld anbieten. Wäre ein Tiefenlager etwas Erstrebenswertes, würde sich sicherlich rasch eine Gemeinde finden, die ein solches Lager noch so gern auf ihrem Gemeindebann sähe. Dies ist aber klarerweise nicht der Fall. Der Regierungsrat hat in der Frage der atomaren Tiefenlager bis heute eine kluge und umsichtige Politik verfolgt. Es ist nicht sinnvoll, ihm in dieser entscheidenden Phase ein wichtiges Instrument aus der Hand zu schlagen. Dass die Nagra und die dieser sowie der Atomwirtschaft nahestehende Gruppe VERA das mit Freude sehen würden, sollte allein schon Grund genug sein, uns misstrauisch zu machen und uns veranlassen, uns möglichst geschlossen hinter den ursprünglichen Vorschlag des Regierungsrats zu

stellen. Wir müssen alles daran setzen, ein atomares Tiefenlager in der Region Schaffhausen, Weinland und Lägern-Nord zu verhindern. Dem BFE und der Nagra sei versichert: Wir werden uns weiterhin mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen ein atomares Tiefenlager in unserer schönen Region Schaffhausen wehren.

Thomas Wetter (SP): Das Gesetz, das die Behörden des Kantons Schaffhausen verpflichtet, sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen die Errichtung eines atomaren Endlagers einzusetzen, ist vom Volk 1983 abgesehnet worden. Die vom Kantonsrat erheblich erklärte Motion Fehr verlangt, dass der Widerstand auch auf die angrenzende Nachbarschaft ausgedehnt werden soll. Die vorberatende Kommission zieht mit der vorliegenden Ergänzung dem Gesetz alle Zähne und macht es zur Makulatur.

Die Probleme der Region Schaffhausen sind uns allen bekannt. Der gigantische Verlust an industriellen Arbeitsplätzen in den 70er-Jahren ist immer noch nicht wettgemacht. Der Kanton Schaffhausen hat den dritthöchsten Altersquotienten im schweizerischen Quervergleich. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 2010/5 von Sabine Spross betreffend die Auswirkung der besseren Erschliessung durch den öffentlichen und den privaten Verkehr auf die Raumplanung, dass Schaffhausen eine unterdurchschnittliche Geburtenrate ausweise, dass man alleine, um die Bevölkerungszahl langfristig halten zu können, eine um 50 Prozent höhere Geburtenrate brauche und eine entsprechende Verjüngung der Kantonsbevölkerung erforderlich sei. Es sei auch nötig, dass jüngere Familien und jüngere Einzelpersonen nach Schaffhausen zögen, die lokale Wirtschaft beklage einen Fachkräftemangel und der Kanton müsse für junge, gut ausgebildete und entsprechend gut verdienende Zuzüger attraktiver werden.

Wir unternehmen grosse Anstrengungen, um diese Ziele zu erreichen. Die grüne Region am Randen und am Rhein nennt sich nun sogar «kleines Paradies». Das Wohnortmarketing und die Vermarktung der Region als Blauburgunderland zeigen Erfolge und die Bestrebungen für die Errichtung eines regionalen Naturparks sind auf gutem Wege. Wenn in unserer Region ein Endlager errichtet wird, dann werden alle Bestrebungen, den Kanton Schaffhausen vorwärts zu bringen, zunichte gemacht! Ich frage mich auch, inwieweit wir uns von der Nagra und den Stromkonzernen instrumentalisieren lassen. Wird unsere Unabhängigkeit nicht durch luxuriöse Finnlandreisli und durch Zahlungen an Organisationen wie das Forum VERA infrage gestellt? Brauchen wir Einflüsterer im Dienste der Nagra, wenn wir ein Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten ändern? Wollen wir unsere Heimat und unsere Zukunft gegen Kompensationszahlungen verschleudern? Wollen wir, dass die Endlagerfrage, und das ist mir

eine sehr grosse Sorge, unsere Region auf Jahre und Jahrzehnte hinaus spaltet? Der immer noch andauernde Dorfstreit im Schaffhauser Ortsteil Hemmental wird im Vergleich dazu nur noch als Pausengerangel in der Sonntagsschule wahrgenommen werden.

Vom Rat ist jetzt Solidarität gefordert. Setzen wir ein Zeichen, senden wir ein Signal nach aussen. Unsere Region erträgt kein Atommüll-Endlager. Wir wollen nicht zur atomaren Atommüllkippe der Schweiz werden. Stehen wir geschlossen zur regierungsrätlichen Fassung des Gesetzes gegen Atommüll-Lagerstätten!

Heinz Rether (ÖBS): Wir sprechen heute über den Abfallstoff eines, wie angepriesen wird, CO₂-neutralen, umweltfreundlichen, grenzenlos und unbedenklich förderbaren Energieträgers. All denjenigen, die dieses Märchen der Kernkraftlobby immer noch glauben, ist beim besten Willen nicht mehr zu helfen. Bei der Förderung und Aufbereitung von Uran wird jede Menge CO₂ produziert und oft ungefiltert in die Atmosphäre entlassen. Die Abfallstoffe gehören zu den lebensgefährlichsten Giften mit der längsten Abbauphase überhaupt. Auch Uran wird in absehbarer Zeit nicht mehr zum heutigen Preis produziert werden können. Die Vorkommen nehmen stetig ab und der weltweite Bedarf nimmt zu. In der «Rundschau» im Schweizer Fernsehen vom 8. September 2010 wurde der Frage nachgegangen, wie verträglich und umweltschonend die Brennstäbe der schweizerischen Atomkraftwerke hergestellt werden. Diese werben nämlich mittlerweile mit einer blitzsauberen Herstellungskette. Tatsache ist laut «Rundschau»: Bis jetzt wurden in Schweizer Kernkraftwerken völlig undurchschaubare und unüberblickbare Lieferwege, die zulassen, dass wiederaufbereitetes Material aus einer international umstrittenen Aufbereitungsanlage in Majak (Russland) stammt, nicht überprüft. Die mit Uran-235 angereicherten hochgefährlichen Brennstäbe stammen nachweislich aus der Firma Elektrostal aus Majak. Majak ist in Russland seit Jahrzehnten Sperrgebiet und die Firma MSZ gibt keine Auskunft und reagiert nicht auf Anfragen. Mehrere hundert Tonnen strahlende Brühe wurden von einem Fernseherteam, das sich vor ein paar Jahren auf das Firmengelände schlich, gefilmt und werden auch heute noch offen in Tongruben um das Werkgelände in Majak gelagert. Manche Teiche, die zu stark strahlten, wurden einfach zugeschüttet. Das Firmengelände liegt im Quellbereich eines Flusses. Der kontaminierte Fluss ist so stark verstrahlt wie das Gelände um Tschernobyl. Trotzdem leben Menschen weiter vom und am Fluss, weil das Thema von offiziellen Stellen abgestritten und totgeschwiegen wird. Die Messungen dazu wurden von einem französischen Forscherteam ausgeführt.

Die Axpo tut so, als wenn sie nicht wüsste, woher sie das angereicherte Material bezieht. Die internationale Atombehörde hingegen hat auf An-

frage Auskunft gegeben, dass sie wisse, dass die angereicherten Brennstäbe aus Majak stammten. Sie sei vom russischen Staat darüber in Kenntnis gesetzt worden. Das Uran für die Wiederanreicherung stammt ursprünglich aus der Uranmine Wismut auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Russland hatte diese während des Kalten Krieges ausgebeutet und beschickt bis heute Schweizer Brennstäbe mit dem damals gewonnenen Material und dem Material ausrangierter, im offenen Wasser gelagerter alter Atom-U-Boote. Das Gebiet um die Grube Wismut, heute auf bundesdeutschem Gebiet, ist bis heute stark kontaminiert. Überdurchschnittlich viele Bewohner der umliegenden Orte sterben auch heute noch an Krebs. Der Schutz vor weiterer Verstrahlung hat den deutschen Staat bisher über 8 Milliarden Euro gekostet.

Jeder T-Shirt-Hersteller und jeder Kleiderfabrikant muss die Herkunft der Materialien bis ins Kleinste deklarieren. Unsere Atomgenies schaffen es aber bis heute nicht, einen tadellosen Herkunftsnachweis für U-235 vorzulegen. Erst jetzt, nachdem die «Rundschau» diese Missstände aufgedeckt hat, sollen die Lieferverträge optimiert werden.

Warum erzähle ich Ihnen das alles? Aus einem einfachen Grund. Ich möchte, dass unser «kleines Paradies» auch langfristig eine Chance hat und uneingeschränkt dafür kämpfen kann, eines zu bleiben. Dieselbe Lobby, die Ihnen heute verspricht, dass Atommüll nach den aktuellen Kenntnissen nachhaltig sicher gelagert werden kann, operiert im oben genannten Sachverhalt mit todbringenden Stoffen wie kleine Kinder am Bahnhofskiosk mit Süßigkeiten. Mit einer unverantwortlichen Blauäugigkeit wird hier mit einem der gefährlichsten Stoffe überhaupt auf Kosten der Gesundheit, ja sogar auf Kosten von Menschenleben Profit erheischt. Das, meine Damen und Herren, hat nichts mehr mit Fortschritt oder Wissenschaft zu tun. Das ist moderner Energiekannibalismus der schlimmsten Sorte. Dieselben Köpfe und Schlaumeier wollen uns glauben machen, ein Endlager in Benken sei unproblematisch. Und die Kommissionmehrheit scheint ihnen auch noch zu glauben.

Es ist aus meiner und unserer Sicht völlig unverständlich, dass wir, die wir ja eigentlich die Interessen des Kantons Schaffhausen vertreten sollten, heute einem der wenigen einigermaßen wirkungsvollen Verteidigungsschilde, die uns noch bleiben, schamlos in den Rücken fallen, ihm die Zähne ziehen und ihn zum Witz degradieren sollen.

Belassen Sie Art. 1 in seiner ursprünglichen Fassung, so, wie ihn der Regierungsrat auch wieder gerne haben möchte, damit unsere Position klar bleibt.

Willi Josel (SVP): Parteifreund Franz Hostettmann hat Markus Müller verantwortungslos genannt. Verantwortungslos wäre einzig und allein die Aufgabe des Widerstands. Wir haben hier irgendwann einmal geschwo-

ren, dass wir uns für den Kanton einsetzen und Nachteile von ihm fernhalten wollen. Wenn Sie sich das Gutachten von Brugger und Partner AG im Auftrag des Kantons Schaffhausen (Studie zur Abschätzung der sozioökonomischen Effekte im Kanton Schaffhausen) ansehen, dann werden Sie nirgends einen positiven Aspekt eines Endlagers finden. Schon aus diesem Grund müssen wir den Zusatz ablehnen. Die Formulierung der Kommission ist für mich völlig unverständlich.

Doch zum Gutachten selbst, das die Kommission vorschlägt: Angenommen, man findet drei gleich gute Standorte für ein Endlager. Welcher Standort wird schliesslich gewählt? Derjenige, der keinen Widerstand leistet und geleistet hat. Daher müssen wir unserer Verantwortung für unsere Nachkommen gerecht werden. Wenn es Stoffe gibt, die eine Halbwertszeit von 24'000 Jahren haben, das heisst, dass sie in über 100'000 Jahren immer noch hochgiftig sind, dann kann ich es nicht verantworten, diese hier bei uns zu vergraben. Sie wissen, einer dieser Stoffe ist Plutonium und Plutonium-239 wird zum Bau der Atombombe verwendet. Bei der Errichtung eines Endlagers in unserer Region haben wir eine Bombe im Boden. Für mich ist sonnenklar, dass wir die Kommissionsfassung ablehnen müssen.

Georg Meier (FDP): Wir betreiben hier Vogel-Strauss-Politik. Die Augen vor unangenehmen Realitäten zu verschliessen, bestimmte Tatsachen einfach nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen und den Kopf in den Sand zu stecken, das ist Vogel-Strauss-Politik.

Wir alle profitierten und werden in den nächsten Jahren noch von der Atomenergie profitieren. Unsere Generation hat sich für die Atomenergie entschieden und wir haben auch den Ausstieg daraus beschlossen. Es ist also unsere Aufgabe, auch den entstandenen und noch entstehenden Abfall so zu entsorgen beziehungsweise so sicher wie möglich zu lagern, bis er entsorgt werden kann. Wir alle möchten aber das geplante Tiefenlager für Atommüll nicht in unserer Region, nicht in unserer unmittelbaren Umgebung, weil Ängste bestehen, dass es gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden geben könnte. Eigentlich will ja überhaupt niemand den Abfall und obwohl in unmittelbarer Nähe seit Jahren schon mehrere Atomkraftwerke tagtäglich vor sich hin brutzeln, ist der Kanton Schaffhausen doch ein «kleines Paradies». Wenn es bei uns angeblich so gefährlich ist, warum sind Sie noch hier?

Mit dem Zusatz in Art. 1 möchte die Kommissionsmehrheit, dass sich der Regierungsrat bis zuletzt wehrt. Aber, und das ist der springende Punkt, sollte sich der Bund trotz allem für ein Tiefenlager in unserer Region entscheiden, muss der Regierungsrat handeln und dem Bund möglichst viele Vorteile für unsere Gegend abgewinnen können. Ich bitte Sie deshalb, der Kommissionsvorlage zuzustimmen.

Thomas Hurter (SVP): Nachdem dieses Eintreten nun zu einer allgemeinen Diskussion verkommen ist, möchte ich hier doch auch noch ein paar Worte sagen.

Ich bin für Eintreten auf diese Vorlage. Aber ich werde den Kommissionsantrag ablehnen. Mir ist auch klar, dass wir im Moment weiterhin Atomkraft haben müssen. Mir ist auch bewusst, dass wir ein Endlager suchen müssen. Und ich bin hier der Meinung, wie Markus Müller, dass wir den Fächer etwas aufmachen müssen. Aber, meine Damen und Herren: Diejenigen, die in der Kommission Ja gesagt haben, sollen mir doch bitte einmal erklären, weshalb sie die Handlungsfreiheit unseres Kantons ohne Gegenwert einschränken wollen. Wo ist der Gegenwert dieses Antrages? Ich sehe ihn nicht. Sie sprechen von wissenschaftlich erhärteten und vergleichbaren Untersuchungsergebnissen. Ich habe im Parlament in Bern einen Antrag gestellt, dass für sämtliche Standorte sozioökonomische Studien durchgeführt werden sollen. Das wurde vom Bundesrat abgelehnt. Und was passiert? Jeder Kanton macht nun seine eigene sozioökonomische Studie. Und jetzt kommen Sie als Kommissionsmitglied und sagen: Wir müssen wissenschaftlich vergleichbare Ergebnisse haben. Diese haben wir jetzt genau nicht mehr. Deshalb ist dieser Zusatz völlig unnötig und bringt gar nichts.

Ich möchte Sie noch einmal fragen: Wo ist der Gewinn? Und damit meine ich nicht nur den monetären Gewinn, sondern den Gewinn als Ganzes. Wollen Sie das Endlager gratis? Ich will das nicht gratis. Es geht hier um ein Signal, das wir aussenden, aber es geht auch um den Preis. Und kommen Sie mir nicht mit ein paar Kieslastern, die dann irgendwann den Kies transportieren können. Ich glaube, das ist kein Gewinn für unsere Region.

In diesem Sinne bitte ich Sie, auch im Hinblick auf das kleine Paradies, diesen Antrag abzulehnen.

Iren Eichenberger (ÖBS): Ich möchte doch noch auf etwas hinweisen, das mir aufgefallen ist. Markus Müller, Urs Capaul, Stephan Rawyler, Martina Munz und viele andere haben einprägsam erklärt, warum die Forderung der Kommission absolut fatal ist. Die FDP- und die SVP-Vertreter, die diesen Zusatz aber wollen, halten sich mit harten Fakten verächtlich zurück. Ich frage mich, ob ihnen überhaupt klar ist, was ihr Antrag bedeutet. Was sie fordern, ist nämlich nichts anderes als die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Und zwar genau in dem Moment, wo der Kampf entschieden wird. Besonders bedenklich finde ich auch, dass das Pokern um möglichst hohe Abgeltungen jetzt stattfindet. In Neuhausen wurden wir schon vor zwei Jahren mit neuen Strassen geködert. Ich glaube, wir brauchen keinen zusätzlichen Verkehr und keine zusätzliche Landschaftszersiedelung.

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf: Gestatten Sie mir, zu einigen Punkten kurz Stellung zu nehmen.

Iren Eichenberger hat es auf den Punkt gebracht. Diese Aushöhlung des Gesetzes würde die Position der Regierung zu einem Zeitpunkt schwächen, wo die Haltung und der Widerstand am meisten gefragt sind.

Martin Kessler hat gesagt, das bestehende Gesetz bringe die Regierung immer wieder in einen Konflikt. Das stimmt nicht. Die Regierung ist unabhängig von diesem Gesetz zur Erkenntnis gelangt, dass ein Endlager unserer Region schaden und die Bestrebungen, unseren Kanton weiterzubringen, zunichte machen würde. Das Gesetz wirkt für uns als Unterstützung. Denn wir können im gleichen Atemzug sagen: «Und ausserdem sind wir gesetzlich zum Widerstand verpflichtet.»

Daher finde ich die Äusserung von Urs Capaul so wichtig. Die Regierung muss in ihren Bestrebungen gestärkt werden. Sie hat mit genug Widerstand zu kämpfen und kann sicher nicht auch noch den Widerstand der eigenen Kantonsvertreterinnen und -vertretern gebrauchen. Wir sollten in dieser Frage geeint auftreten, gemeinsam Widerstand leisten und unsere Region so teuer wie möglich verkaufen, wenn es denn wirklich so sein muss und uns unser Widerstand nichts gebracht hat.

Franz Hostettmann hat uns hier die Augen geöffnet, wie das Verfahren abläuft. Ich bin ihm dafür sehr dankbar. Er hat dabei immer Trüllikon erwähnt. Wir haben auch eine Veranstaltung in Schaffhausen gehabt. Dort habe ich Sie nicht gesehen, Franz Hostettmann. Eigentlich wäre es doch wichtig, dass Sie die Interessen des Kantons Schaffhausen vertreten und nicht die von Trüllikon. Ich hätte Sie lieber in Neunkirch gesehen. Da ging es um den Kanton Schaffhausen. Ich frage mich auch: Was würden Sie tun, wenn Stein am Rhein direkt betroffen wäre? Wenn das Loch in Stein am Rhein gebohrt oder gebuddelt würde? Ich weiss nicht, ob Sie die genau gleiche Haltung vertreten würden. Sie haben sich schon immer für Ihre Gemeinde eingesetzt, zu Recht, wie ich meine, aber der Kanton ist ebenso Ihre Heimat wie der Ort Stein am Rhein. Sie appellieren auch dauernd an die Eigenständigkeit der Gemeinden. Der Kanton hat auch eine Eigenständigkeit und will sich im Rahmen des Bundesrechts mit allen gesetzlichen und politischen Mitteln gegen ein Endlager wehren. Und genau das tun wir.

Wir haben mit der sozioökonomischen Studie festgestellt, dass ein Standort in den angrenzenden Regionen unserem Image genauso schadet wie ein Lager am Süd-Randen. Und übrigens: Die nördliche Lägern gehört auch zu den betroffenen Standortregionen und Rüdlingen-Buchberg gehört ebenso zu unserem Kanton. Ich weiss, dass die Nagra auf Werbetour war, auch bei den Gemeindepräsidenten. Und ich weiss nicht, ob sie auch an Ihre Türe geklopft hat.

Stephan Rawyler hat auf eindrückliche Art und Weise die Problematik aufgezeigt. Er hat auch noch einmal die Einheit betont, die wir brauchen, damit dieser Widerstand fruchtet.

Thomas Hurter danke ich ebenfalls für sein differenziertes Votum. Wir sind sonst nicht oft gleicher Meinung, aber über seine heutigen Äusserungen freue ich mich selbstverständlich.

Georg Meier fordert uns sogar auf, den Kanton zu verlassen, wenn es uns nicht passe, dass hier ein Endlager gebaut werde. Das ist der absolute Gipfel. Wir haben das Ziel, Neuzuzüger in unseren Kanton zu holen. Wegen Überalterung der Gesellschaft möchten wir vor allem, dass mehr Familien zu uns kommen.

Ich appelliere an Sie, im Interesse unseres Kantons, im Interesse unserer Bevölkerung, springen Sie über die Schatten, die noch vorhanden sind, und stimmen Sie dem regierungsrätlichen Antrag zu. Unsere Nachkommen werden es uns danken, weil wir ihnen ansonsten eine Hypothek hinterlassen würden, deren Folgen wir heute noch nicht abschätzen können.

Regierungsrat Reto Dubach: Zuerst möchte ich den Appell meiner Regierungsratskollegin Ursula Hafner-Wipf unterstützen. Ich spreche zu Ihnen, weil die Energiepolitik auch angesprochen wurde und weil insbesondere von Franz Hostettmann beanstandet wurde, die Regierung verhalte sich in diesem Bereich widersprüchlich.

Vielleicht noch eine kleine Vorbemerkung zu Heinz Rether: Die Herkunft dieses Urans, da stimme ich Ihnen zu, ist eine unerfreuliche Angelegenheit. Unerfreulich ist auch, dass dies erst jetzt bei Verträgen festgestellt wurde, die bereits vor zig Jahren abgeschlossen wurden. Die Axpo hat hierbei Transparenz und eine lückenlose Aufklärung zugesichert.

Aber jetzt zu Franz Hostettmann und seiner Aussage: Zuerst gilt es zu beachten, dass der Kanton Schaffhausen heute zu den Vorreitern zählt, was die Förderung erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz betrifft. Sie haben auch mehrfach Ja zu diesen Energieförderprogrammen gesagt. Das ist ein gemeinsamer energiepolitischer Kurs, den wir in den letzten Jahren eingeschlagen haben. Und im Rahmen des Postulats Nr. 2009/5 von Thomas Wetter haben wir auch Ja zu einem längerfristigen Ausstieg aus der Kernenergie gesagt. Wir sind zurzeit daran, die entsprechenden Abklärungen und Untersuchungen zu treffen. Auch hier haben wir entsprechende Unterstützung von externen Experten, die zusätzliche Fachkompetenz einbringen. Der Kantonsrat wird in der ersten Hälfte des nächsten Jahres eine Vorlage erhalten, die sich über die Vor- und Nachteile sowie die Chancen und Risiken eines Ausstiegs aus der Kernenergie aussprechen wird. Der Regierungsrat – und ich glaube, hier geht es ein bisschen in die Richtung, die auch Georg Meier angespro-

chen hat –, und auch der Kantonsrat müssen aber anerkennen, dass die Schweiz unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit in den nächsten Jahrzehnten – ich spreche von einem Zeithorizont von etwa 2030 bis 2060 – nicht auf Kernenergie verzichten kann. Schauen Sie sich den Strommix an, den Franz Hostettmann zu Recht erwähnt hat. Beachten Sie aber auch, wie es heute auf freiwilliger Ebene läuft. Ich habe mir von der EKS AG die aktuellen Zahlen geben lassen, wie viele Konsumenten Strom ohne Kernenergie beziehen. Ich war ob der Resultate erstaunt. Es sind rund 430 Kunden, also nur 1 Prozent der Kunden, die Strom ohne Kernenergie beziehen. Wenn Sie sich zudem mit den Antworten zu den Kleinen Anfragen Rether und Munz befassen, werden Sie feststellen, dass der Anteil neuer erneuerbarer Energien, also ohne die Wasserkraft, verschwindend klein ist. Da bewegen wir uns im tiefen Prozentbereich. Und selbst wenn wir in den nächsten Jahren grosse Anstrengungen unternehmen, werden wir – grosszügig gemessen – nicht über 10 Prozent hinauskommen.

Das Fazit ist: Wir wollen auch in fünf oder zehn Jahren am Montagmorgen Parlamentssitzungen durchführen können, und wir wollen nicht, dass es hier keinen Strom mehr gibt oder das Aufnahmegerät nicht mehr funktioniert. Daher können wir kurzfristig nicht auf Kernenergie verzichten und der Ersatz einzelner Kernkraftwerke ist leider Gottes unausweichlich, wenn sich unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft weiterhin positiv entwickeln wollen. Auseinanderhalten müssen wir jedoch die Versorgungsfrage und die Entsorgungsfrage. Das sind zwei verschiedene Dinge. Für den Regierungsrat ist klar, dass der Abfall auf geeignete Art und Weise entsorgt werden muss. Im Vordergrund steht eine Lösung im Inland. Wenn eine Lösung im Ausland absehbar ist, dann wäre das umso besser. Aber die Versorgungsfrage muss von der Entsorgung getrennt werden. Bei der Entsorgung ist der Regierungsrat der Auffassung, dass unsere Region sich in keiner Art und Weise dafür eignet. Die Sicherheit ist nur eine Frage von vielen. Ein Tiefenlager in einem Agglomerationsgürtel macht aber wirklich keinen Sinn. Volkswirtschaftlich wäre das schädlich. Daher muss bei den sicheren Standorten eine andere Region gewählt werden. Infolgedessen ist der Kommissionsvorschlag nicht zielführend, sondern schwächt unsere Region.

Urs Capaul (ÖBS): Eine kleine Replik zu dem, was Regierungsrat Reto Dubach ausgeführt hat. Sehen Sie sich an, wie viele Schweizerinnen und Schweizer Ende November die Krankenkasse wechseln. Wie viele sind das? Wahnsinnig wenige tun das. Warum? Sie sind träge. Sie reagieren nicht, selbst wenn es unglaublich teuer wird. Dasselbe gilt auch für den Stromverbrauch. Die Stadt Zürich bietet ihren Kunden a priori Wasserkraft an und sagt: Ihr dürft selbstverständlich auch Atomkraft haben. Kein

Problem. Und wie viele haben gewechselt? Verschwindend wenige. Es ist eben nicht so viel teurer, dass ein Wechsel nötig wurde. Verschwindend wenige haben tatsächlich gewechselt. Und so ist es auch beim Atomstromangebot. Wenn wir selbstverständlich nur Atomstrom anbieten, dann beziehen Sie auch nur Atomstrom. Würden wir aber einen anderen Mix anbieten, dann würde ganz klar dieser Mix gewählt werden. Regierungsrat Reto Dubach, das war für mich kein Argument.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

I.

Florian Hotz (JF): Das Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten stammt aus dem Jahr 1983. Im Jahr 1983 gab es noch keine Handys. Es gab noch kein Internet. Ronald Reagan hatte gerade das Amt des amerikanischen Präsidenten übernommen. Die rätselhafte Seuche Aids wurde gerade entdeckt. Einige in diesem Raum waren noch gar nicht geboren und auch ich war in einem Alter, wo mir die Mutter noch die Windeln wechseln musste. Und in diesem Jahr hatten die Schaffhauserinnen und Schaffhauser Angst; Angst vor der diffusen Bedrohung durch ein Atomabfallendlager in ihrem Kanton. Und zu Recht hatten sie Angst. Damals war nämlich noch alles offen. Es gab Ideen für ein Endlager in Schaffhausen, aber niemand konnte wissen, wie das Evaluationsverfahren aussehen würde. Es gab keine klaren Vorgaben, um Gerechtigkeit in diesem Prozess zu gewährleisten. Die Wissenschaft war technikgläubig. Auch das Drama von Tschernobyl hatte noch nicht zur nötigen Sensibilisierung geführt. Der Kanton Schaffhausen hat damals mit dem Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten richtig gehandelt. Aber 27 Jahre sind eine lange Zeit.

Wir sind im Jahr 2010. Im Kernenergiegesetz von 2003 wird inzwischen Rechtssicherheit geschaffen, wie der Prozess zur Realisierung eines Endlagers auszusehen hat. Im Sachplanverfahren werden Mitsprache und Verfahren klar geregelt. Wir haben mit der Nagra eine Organisation, die weltweit gesehen in Sachen Kompetenz zur Lagerung dieser Abfälle vorne mitspielt. Wissenschaft und Technik sind sensibilisiert, nach Jahren der Debatte – die wichtig war – um Nutzen, Gefahren und Sicherheit der Kernenergie. Es hat sich also einiges geändert. Und genau so, wie dieses Gesetz vor drei Jahrzehnten sinnvoll war, ist es heute absolut fehl am Platz.

Warum ist es heute fehl am Platz? Erstens haben wir in der sozioökonomischen Studie der Regierung für viel Geld dargelegt bekommen, dass diffuse Ängste negative Stimmungseffekte bewirken, die durch Medienberichterstattungen hochgeschaukelt werden, zu Protesten und zu weiteren Medienberichterstattungen führen. Das sind genau die Bedrohungen, die wir am meisten fürchten müssen. Dass nämlich unser Kanton aufgrund jahrelanger negativer Berichterstattung Schaden nimmt. Dass niemand nach Schaffhausen kommt, wenn wir am Strassenrand gelbe Atommülltonnen aufstellen und auf die Strasse gehen. Das alles ist viel schlimmer als das Restrisiko, das in diesem Rat und anderswo herbeigeredet wird. Wenn die Regierung öffentlich Fundamentalopposition machen muss, wird dieser Prozess erst so richtig in Gang gesetzt. Was nämlich nur eines bewirkt: es schadet uns allen. Ich will nicht wissen, wie viele Familien Schaffhausen ferngeblieben sind, weil sie in den nationalen Medien von den Schreckensszenarien der sozioökonomischen Studie gehört haben. Da können wir noch lange unsere gelben Plakate am Hauptbahnhof Zürich aufhängen.

Noch etwas zur SP: Es wurde gesagt, es seien viele Kämpfer aus alten Zeiten gegen das Atommüll-Endlager hier. Es sind aber vielleicht sechs oder sieben Personen, die deswegen hier sind. Es wird von linker Seite dramatisiert und es wird Propaganda betrieben, weil es ihr gar nicht darum geht, etwas für unseren Kanton zu tun, sondern um damit Stimmen zu machen. Und Sie sind damit die Abzocker, nämlich die Abzocker am politischen Kapital. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie hier immer wieder den anderen irgendwelche Dinge unterschieben wollen. Damit müssen Sie aufhören.

Der zweite Grund: Es kann doch nicht sein, dass wir unserer Regierung jeglichen Verhandlungsspielraum wegnehmen. Unsere Regierung muss, selbst wenn sich eine hervorragende Lösung beispielsweise mit massiven Kompensationszahlungen durch den Bund abzeichnen würde, weiter Fundamentalopposition betreiben. Unsere Regierung kann nicht geschickt auf eine zukunftsfähige Lösung zielen, die unserer Jugend neue Perspektiven ermöglicht. Alles, was sie tun kann, ist, Obstruktionspolitik zu betreiben. Das schadet und ist überhaupt keine gute Verhandlungsposition, weil alle wissen, dass man mit denen gar nicht verhandeln kann, weil sie gar kein Verhandlungsmandat und gar keinen Verhandlungsspielraum haben. Dann muss man ja gar nicht verhandeln. Das ist eine miserable Verhandlungsposition, meine Damen und Herren, das wissen Sie genauso gut wie ich. Das ist eine traurige Verhandlungsposition, wegen der wir ausgelacht werden. Und wenn der Regierungsrat sagt, wir verhandeln trotzdem vernünftig, wenn er sich für unseren Kanton, für die Bürger unseres Kantons einsetzt, wie er es bei seiner Inpflichtnahme versprochen hat, dann handelt er gegen das Gesetz. Und es kann gut sein,

dass er jetzt schon hinter den Kulissen gegen das Gesetz handelt, weil er das Wohl des Kantons höher gewichtet als diese paar Worte im Gesetz. Aber wollen wir das zulassen? Wollen wir zulassen, dass der Regierungsrat gesetzeswidrig handeln muss, wenn er zum Wohle des Kantons handeln will? Wollen wir das? Können wir das mit unserem Gewissen verantworten? Ich zumindest kann das nicht. Darum stelle ich den Antrag, Ziffer I. sei zu ändern in: «Das Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten vom 4. September 1983 wird aufgehoben.»

Noch etwas zu all jenen, die mir nicht folgen wollen, aber das Gefühl haben, mit der Ergänzung einen fantastischen Kompromiss gefunden zu haben: Da hat Thomas Hurter absolut Recht. Wenn man diesen Zusatz einfügt, dann schleift man das Gesetz so, dass es keine Wirkung mehr hat. Es ist sogar noch viel schlimmer. E contrario heisst es nämlich, dass der Widerstand aufgegeben werden soll, sobald diese wissenschaftlichen Studien vorliegen. Aber das wollen wir ja nicht. Denn wir wollen möglichst viel rausholen, wenn wir sehen, dass bei uns im Kanton der beste Standort wäre. Und was mit wissenschaftlichen Studien geschieht, wissen wir alle auch. Da geht es um Wahrscheinlichkeiten, Signifikanzen und man kann die Ergebnisse so oder anders auslegen. Das bringt also relativ wenig. Es schwächt unsere Position massiv. Darum handeln von denen, die diesen Zusatz befürworten, nur diejenigen vernünftig, die auch meinem Antrag zustimmen.

Kommissionspräsident Dino Tamagni (SVP): Die Kommission hat diese Frage auch diskutiert. Der Antrag, dieses Gesetz aufzuheben, wurde vorgängig auch gestellt. Die Kommission hat den Antragssteller jedoch davon überzeugen können, seinen Antrag wieder zurückzuziehen. Sie war hier der Meinung, dass das Gesetz bestehen bleiben soll.

Markus Müller (SVP): Florian Hotz, ich gebe Ihnen völlig Recht. Wir sollten möglichst wenig Wirbel um das Ganze machen, weil das schlechte Signale aussendet. Aber ich begreife Sie trotzdem nicht. Sie haben mit Ihrem Antrag null Chancen. Wenn Sie eine Handvoll Stimmen erhalten, ist das wahrscheinlich bereits viel. Es würde mich sehr wundern, wenn es mehr wären. Das sorgt jetzt aber genau für Wirbel in der Öffentlichkeit. Sie müssen sich einmal die Schlagzeilen vorstellen, die über die Kantonsgrenzen hinausgehen. Da will die Junge FDP das Gesetz abschaffen. Dass das Gesetz gesetzeswidrig sei, habe ich irgendwo im Hinterkopf behalten. Das kann gar nicht sein. Damals war ja noch Gerold Meier im Rat. Allein dieser Umstand bringt mich dazu das Gesetz beizubehalten.

Sie haben das Jahr 1983 erwähnt. Man hat seither viel gelernt. Aber genau in diesem Bereich und in Anbetracht der langen Zeitspanne und der

langwierigen Prozesse, ich habe das zu Beginn erwähnt, hat man relativ wenig gelernt oder dazulernen können. Die Zeit ist einfach zu kurz. Sie sollten auch etwas gelernt haben. Ihre Kaderschmiede, die Hochschule St. Gallen, ist sehr lange ihren Theorien aufgesessen. Das ist mitunter ein Grund für das Debakel bei der Swissair und bei der UBS. Ich wurde 1979 als Ingenieur ETH diplomiert und habe ein Jahr lang Atomreaktortheorien und Atomphysik studiert. In der Schweiz hat man diese Gebiete massiv vernachlässigt. Es gibt praktisch keine schweizerischen Wissenschaftler, die sich fundiert mit dieser Thematik befassen. Das wird im Ausland getan. Diese Industrie gibt es bei uns kaum. Gehen Sie mal an die ETH und sehen Sie, was aus dieser Abteilung geworden ist. Sie ist praktisch nicht mehr vorhanden. Das ist schade. Daher ist es gefährlich zu sagen, man habe das Ganze im Griff. Wir haben es überhaupt nicht im Griff. Deshalb muss man dieses Zeug irgendwann einmal zwischenlagern und nach Lösungen suchen und schauen, was dabei herauskommt.

Daniel Fischer (SP): Regierungsrat Reto Dubach und Franz Hostettmann sprachen vorher von fehlenden alternativen Energien. Wenn ich mir hier oder auch sonst wo hie und da gewisse Voten anhöre, dann möchte ich Regierungsrat Reto Dubach vorschlagen, mal zu prüfen, ob man nicht aus dem Ratssaal ein alternatives Heissluftkraftwerk machen könnte.

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Florian Hotz hat erwähnt, wir würden unsere Verhandlungsposition schwächen. Das ist fertiger Unsinn. Martina Munz hat es bereits angesprochen: Im Informationsblatt der Nagra steht der Titel des Hauptartikels «Tiefenlager sind nötig, aber kein Lager soll einer Region aufgezwungen werden». Wenn wir es also nicht wollen, wem wird es dann aufgezwungen? Nur jenen, die sich nicht wehren.

Wir dürfen uns hier mit diesem Aushebelungsartikel doch nicht das eigene Stuhlbein absägen. Widerstand lohnt sich, das zeigt auch dieser Artikel. Es freut uns sehr, dass der Regierungsrat und, auch mit Ausnahme der FDP, fast alle Parteien geschlossen den Willen der Schaffhauser Bevölkerung ernst nehmen und den Zusatz wieder aus dem Gesetz kippen wollen und auch nicht für eine Abschaffung des Gesetzes sind. Dass gewisse Neoliberale gegen sämtliche Gesetze, Verordnungen oder Einschränkungen ankämpfen, die das ungehinderte Wachstum der Wirtschaft, hier der Atomwirtschaft, beeinträchtigen könnten, wissen wir ja seit einiger Zeit. Es ist daher auch nicht erstaunlich, dass sich einige FDP-Politiker bereits lieber hier und in der Kommission darüber Gedanken machen, wie man am meisten Entschädigungszahlungen für Schaffhausen herausholen könnte, wenn das Atommüll-Endlager in unserer Region zu stehen kommen sollte. Es ist schon sehr bedenklich, wenn wir

so für unseren Kanton politisieren. Aber zum Glück gibt es auch noch sehr viele vernünftige FDP-Politiker, die den Zusatz und auch diesen Abschaffungsartikel ablehnen werden. Wir dürfen unsere Position gegenüber der Nagra nicht schwächen und müssen heute ein klares Signal des Widerstands setzen, wie wir es beim ursprünglichen Gesetz und bei der Motion von Hans-Jürg Fehr getan haben. Ich bitte all jene, auch die, die noch unschlüssig sind, den Willen der Schaffhauserinnen und Schaffhauser ernst zu nehmen, diesen Zusatz und auch den Antrag von Florian Hotz auf Abschaffung des Gesetzes abzulehnen.

Ich überlege mir, ob ich zum Streichungsantrag der Regierung eine Abstimmung mit Namensaufruf verlangen soll. Denn ich finde, die Schaffhauser Bevölkerung hat ein Recht zu wissen, wer dagegen kämpft und wer nicht dagegen kämpft, dass wir ein Atomendlager erhalten.

Werner Bächtold (SP): Ich habe heute Morgen einige sehr gute und sehr differenzierte Voten gehört. Mit Florian Hotz sind wir leider am Tiefpunkt der Debatte angelangt.

Ich spreche nun als Präsident der SP-AL-Fraktion. Wenn Sie aus dieser Frage eine Links-Rechts-Thematik machen wollen, was Sie versucht haben, zeigen Sie, dass Sie heute Morgen geschlafen haben. Sonst hätten Sie gemerkt, dass wir von links bis rechts oder von rechts bis links, angefangen gleich bei Ihnen rechts, bis zu Matthias Freivogel ganz links, einer Meinung sind und dass Sie einer kleinen Minderheit angehören. Übrigens genau wie Georg Meier, der als Minderheit der Mehrheit den unsäglichen Vorwurf macht, sie stecke den Kopf in den Sand. Das kann ich nicht verstehen. Der Antrag von Florian Hotz wird natürlich abgeschmettert, wie hoffentlich auch der Antrag der Kommission.

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf: Der Äusserung von Florian Hotz, die Regierung werde mit diesem Gesetz zur Fundamentalopposition verpflichtet, muss ich widersprechen. Das stimmt nicht. Das Gesetz besteht seit 27 Jahren. Wir machen keine Fundamentalopposition, obwohl das Gesetz besteht. Wir betreiben qualifizierten Widerstand, weil wir Gründe haben, uns gegen ein Endlager zu wehren. Eine Aufhebung des Gesetzes wäre katastrophal. Das wäre ein schlimmes Zeichen gegen aussen und jede Verwässerung wäre ebenfalls ein falsches Signal. Ich bitte Sie, den Antrag von Florian Hotz abzulehnen.

Abstimmung

Mit 47 : 3 wird der Antrag von Florian Hotz abgelehnt.

Art. 1

Daniel Fischer (SP): Was ich zum Votum von Florian Hotz sagte, passt genauso gut zum Antrag der Kommission zu Art. 1. Lehnen Sie diesen Antrag ab und unterstützen Sie die Regierung. Wir dürfen uns, wie es auch vorher Thomas Hurter gesagt hat, unseren Handlungs- und Widerstandsspielraum nicht selber einschränken und schon gar nicht vom Bund vorschreiben lassen. Ich stelle den Antrag, die Abstimmung sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Abstimmung

Der Antrag von Daniel Fischer, die Abstimmung über den Antrag der Kommission auf Ergänzung von Art. 1 sei unter Namensaufruf durchzuführen, erhält mehr als die erforderlichen 12 Stimmen.

Abstimmung

Für den Antrag der Kommission stimmen: Werner Bolli, Elisabeth Bühler, Samuel Erb, Christian Heydecker, Franz Hostettmann, Ueli Kleck, Georg Meier, Dino Tamagni, Nihat Tektas.

Gegen den Antrag der Kommission stimmen: Andreas Bachmann, Werner Bächtold, Franz Baumann, Franziska Brenn, Heinz Brütsch, Richard Bühler, Urs Capaul, Theresia Derksen, Bernhard Egli, Iren Eichenberger, Daniel Fischer, Matthias Freivogel, Matthias Frick, Peter Gloor, Andreas Gnädinger, Erich Gysel, Thomas Hauser, Beat Hedinger, Florian Hotz, Beat Hug, Jakob Hug, Urs Hunziker, Thomas Hurter, Willi Josel, Peter Käppler, Martin Kessler, Ursula Leu, Bernhard Müller, Markus Müller, Martina Munz, Daniel Preisig, Stephan Rawyler, Heinz Rether, Peter Scheck, Rainer Schmidig, Jonas Schönberger, Hans Schwaninger, Manuela Schwaninger, Sabine Spross, Jeanette Storrer, Patrick Strasser, Erwin Sutter, Jürg Tanner, Alfred Tappolet, Marcel Theiler, Gottfried Werner, Thomas Wetter.

Enthaltung: Richard Altorfer

Abwesend sind: Florian Keller, Franz Marty, Regula Widmer.

Mit 47 : 9 bei einer Enthaltung wird der Antrag der Kommission auf Ergänzung von Art. 1 abgelehnt.

Christian Heydecker (FDP): Ich beantrage Ihnen, Art. 1 sei wie folgt zu ändern: «Die Behörden des Kantons Schaffhausen sind verpflichtet, im Rahmen des Bundesrechts mit allen rechtlichen und politischen Mitteln ...».

Ich stelle Ihnen diesen Antrag aus zwei Gründen: Erstens geht es um Transparenz und Klarheit. Der Regierungsrat hat in der Vorlage, die wir heute vor uns haben, aber auch in der Beantwortung der Kleinen Anfrage von Martina Munz exemplarisch aufgezeigt, dass der Handlungsspielraum für die Schaffhauser Behörden, sich zur Wehr zu setzen, überschaubar ist, um es etwas vorsichtig zu formulieren. Die Formulierung in diesem Artikel erweckt aber einen ganz anderen Eindruck. Sie erweckt den Eindruck, dass da tausend Möglichkeiten bestehen würden und dass wirkungsvoll und auf verschiedenster Ebene Widerstand geleistet werden könne, der Widerstand quasi schrankenlos sei. Aber der Regierungsrat hat zu Recht gesagt, dass er letztlich auch ans Bundesrecht gebunden ist. Und auch heute hat Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf erwähnt, dass der Widerstand, den der Kanton, der Regierungsrat und die kommunalen Behörden leisten, sich im Rahmen des Bundesrechts abzuwickeln hat. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das heisst, die heutige Formulierung weckt Erwartungen, die nicht erfüllt werden können. Ich bin für klare, transparente und verständliche Gesetze. Man soll, wenn man einen Gesetzestext liest, wissen, worum es geht und was man machen kann. Insofern ist dieser Zusatz, den ich jetzt vorschlage, keine – und ich betone – keine zusätzliche Einschränkung gegenüber dem, was heute schon gilt. Ich bin für Transparenz und Klarheit und deshalb für diesen Zusatz. Das ist der erste Grund.

Es gibt dafür noch einen zweiten Grund. Und da möchte ich den Ball, den Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf aufs Spielfeld gespielt hat, annehmen. Ich denke, für den Widerstand in Schaffhausen ist es wichtig, dass wir mit geeinter Stimme sprechen. Ich erinnere Sie daran, dass wir die Motion Fehr im Jahr 2008 beraten haben. Diese Motion wurde relativ knapp mit 38 : 32 erheblich erklärt. Das heisst, es gab damals 32 Kantonsräte – von den Enthaltungen spreche ich jetzt nicht –, die gegen die Ausweitung dieses Gesetzestextes waren. Heute haben wir wieder den gleichen Motionstext vor uns. Wort für Wort, Komma für Komma. Das heisst, wir haben den Motionstext 1 : 1 übernommen. Ich weiss nicht, wie es denjenigen geht, die im Jahr 2008 gegen diese Motion waren. Aber ich kann doch nicht, wenn ich 2008 Nein gesagt habe, jetzt Ja sagen. Daniel Fischer sagt jetzt, man könne gescheiter werden. Es gibt gewisse Politiker, die so geschmeidig sind. Zu diesen gehöre ich nicht. Wenn ich eine Meinung habe, dann stehe ich dazu, auch wenn mir einmal ein etwas kälterer Wind um die Ohren pfeift. Ich politisiere verlässlich und berechenbar. Denn wie sagt man so schön: Wer den Dampf nicht erträgt, hat

in der Küche nichts verloren. Wenn wir diesen Gegnern der damaligen Motion eine Brücke bauen wollen, dann können wir das mit diesem Zusatz machen. Damit können wir es den Gegnern ermöglichen, dieser Gesetzesänderung zuzustimmen. Und dann hätten wir die Möglichkeit, mit dem grösstmöglichen Mehr, vielleicht sogar mit Einstimmigkeit, diesen Gesetzestext zu verabschieden. Das wäre ein kraftvolles Signal aus Schaffhausen.

Wenn Sie gegen diese Ergänzung und Selbstverständlichkeit sind, kann ich diesem Gesetz nicht zustimmen und das werden wahrscheinlich auch andere nicht tun können. Das führt dann zu einer Volksabstimmung, vor der ich mich keineswegs fürchte. Das Volk wird einer solchen Änderung auch mit grossem Mehr zustimmen. Das steht für mich ausser Frage. Darum geht es gar nicht. Aber wir werden im Vorfeld dieser Abstimmung wieder andere Meinungen hören, werden diese auch in den Zeitungen lesen und dann senden wir ein anderes Signal gegen aussen. Wenn wir diesem Zusatz zustimmen, haben wir die Möglichkeit, dieser Gesetzesrevision geschlossen zuzustimmen. Das wäre ein Gewinn für den heutigen Morgen. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf: Dieser Antrag ist so nötig wie ein Kropf, weil er überhaupt nichts auslöst. Wir verhalten uns im Rahmen des Bundesrechtes. Dieser Zusatz ist eine Schwächung und ausserdem Filibuster-Politik, Christian Heydecker, das wissen Sie ganz genau. Wir leben nicht in einer Bananenrepublik. Wir müssen uns ans Bundesrecht halten. Aber wenn wir diesen Artikel auf irgendeine Art und Weise entschärfen, ist das ein falsches Signal. Ich bitte Sie daher, den Antrag hoch abzuschmettern.

Markus Müller (SVP): Christian Heydecker, eine moderne Küche dampft nicht mehr. Darum ist das Zitat vielleicht nicht mehr ganz zutreffend, beziehungsweise man könnte es auch auf das Atomkraftwerk projizieren, welches heute immer noch dampft. Das bedeutet, man hat zu wenige Fortschritte gemacht. Aber Sie sehen hier deutlich, dass die Lobby nie aufgibt. Wie viele Male haben Sie, Christian Heydecker, gepredigt, man solle die Gesetze schlank halten. Sie haben sogar einen Vorstoss gemacht, man solle doch die Gesetzessammlung durchforsten und unnötige Gesetze streichen. Jetzt kommen Sie aber mit einem Vorschlag, der unnötig ist. Ich sage Ihnen Folgendes: Ich werde Ihnen sehr viel Arbeit machen, sollte Ihr Antrag angenommen werden. Ich werde in meiner Freizeit die Gesetzessammlung durchkämmen. In keinem Gesetz ist festgehalten, dass man im Rahmen des Bundesrechts handeln müsse. Ich werde zu mindestens drei Gesetzen Motionen machen, dass das, so blöd und

dummsinnig es auch ist, dort eingefügt wird. Als würden wir uns als Politiker und würde sich die Regierung nicht ans Bundesrecht halten!

Heinz Rether (ÖBS): Eigentlich ist im Artikel bereits aufgeführt, dass dies mit allen rechtlichen und politischen Mitteln zu geschehen habe. Ich glaube nicht, dass wir uns so, wie wir bisher gehandelt haben, ausserhalb des Rechts bewegt haben. Der Antrag ist deshalb klar abzulehnen.

Abstimmung

Mit 41 : 2 wird der Antrag von Christian Heydecker abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Das Geschäft geht zur Vorbereitung der zweiten Lesung an die Kommission zurück.

*

Schluss der Sitzung: 10.00 Uhr